



## 1. Schulkongress der Behörde für Bildung und Sport

### Startchancen gleich Bildungschancen?

Thesen zur Reform von Ausbildung und Erziehung

- Referate
- Foren
- Erstes Resümee



Behörde für  
Bildung und Sport

## **Impressum**

### **Herausgeber**

Behörde für Bildung und Sport  
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Hamburger Straße 31 · 22083 Hamburg  
Alexander Luckow (v. i. S. d. P.)

### **Redaktion**

Dr. Manfred Schwarz (Ltg.)  
Hanna Skerhut

### **Gestaltung**

zwei:c werbeagentur GmbH, Hamburg

### **Druck**

Wertdruck GmbH, Hamburg

**Hamburg 2007**

# **1. Schulkongress der Behörde für Bildung und Sport**

**Startchancen gleich Bildungschancen?**  
Thesen zur Reform von Ausbildung und Erziehung

- Referate
- Foren
- Erstes Resümee

## MITWIRKENDE

### Referenten

Gabriele Behler  
Maike Bokelmann  
Dr. Bernhard Bueb  
Prof. Dr. Wassilios Fthenakis  
Stefan Karrasch  
Dr. Necla Kelek  
Jürgen Koopmann  
Josef Kraus  
Dr. Ahmet Toprak

### Moderation der Podiumsdiskussion

Herbert Schalthoff

### Moderation in den Foren

Karin Graumann-Backhaus, Horst Graumann, Heino Jückstock, Lars König, Hanne Krantz, Hiltrud Modest, Hanna Skerhut, Hans-Joachim Wagner, Colette Wawer

### Arbeitsgruppe Informationstechnik

Regine Beckmann, Ralf Plenz, Nicole Stegen

### Organisation

Birgit Mohr, Christine Perret, Dr. Manfred Schwarz (Ltg.)

## VORWORT

Sind die Startchancen von Schülerinnen und Schülern identisch mit ihren generellen Bildungschancen? Gilt dies insbesondere – und möglicherweise unter problematischen Vorzeichen – für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund? Was können Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern tun, um sich dieses Problemkreises anzunehmen?

Dies sind Kernfragen, die die rund 200 Teilnehmer des 1. Schulkongresses der Behörde für Bildung und Sport der Freien und Hansestadt Hamburg im Oktober 2006 diskutiert haben. In den fünf Foren wurden die unterschiedlichen Analysen und Einschätzungen der aus dem ganzen Bundesgebiet angereisten Referenten durchaus kontrovers diskutiert. Diese Broschüre dokumentiert die Referate und die Ergebnisse der Foren. Sie soll damit zur Fortsetzung einer Diskussion dienen, die uns sicherlich auch in kommenden Jahren weiter beschäftigen wird.

Ich möchte an dieser Stelle den Teilnehmern des Kongresses für ihren Einsatz danken, insbesondere

- allen Referentinnen und Referenten sowie den Moderatorinnen und Moderatoren



- der Zeit-Stiftung, die die Veranstaltung unterstützt hat
- und der Patriotischen Gesellschaft, in deren Räumen wir zu Gast waren.

Der 1. Hamburger Schulkongress hat konstruktive Anregungen für eine wichtige Diskussion formuliert. Die Behörde für Bildung und Sport wird sich auch in Zukunft mit solchen Veranstaltungen in den bildungspolitischen Diskurs einbringen.

*Alexandra Dinges-Dierig  
Senatorin für Bildung und Sport*

# INHALT

<b>1 Vorwort</b>	<b>5</b>	<b>4 Foren</b>	
<b>2 Einleitung</b>	<b>7</b>	<b>4.1 Forum 1</b>	
<b>3 Referate</b>		Ganzheitliche Förderung im Elementar- und Primarbereich: Kompensatorische Maßnahmen reduzieren Sozialisationsdefizite	<b>29</b>
<b>3.1 Necla Kelek</b>		<b>4.2 Forum 2</b>	
Erziehungsauftrag für türkisch- muslimische Schüler: In die deutsche Gesellschaft integrieren	<b>8</b>	Besondere Angebote von kooperierenden Ganztagschulen: Vernetzung im Stadtteil – zum Beispiel mit Sportvereinen	<b>29</b>
<b>3.2 Bernhard Bueb</b>		<b>4.3 Forum 3</b>	
Mehr Disziplin in Unterricht und Erziehung: Fördern und Fordern – Schule muss bilden und erziehen	<b>18</b>	Bildungsoffensive – mit Eltern- beteiligung: Wie können wir Eltern bei schulischer Arbeit und bei schulischem Leben einbeziehen?	<b>30</b>
<b>3.3 Gabriele Behler</b>		<b>4.4 Forum 4</b>	
Kitas und Ganztagschule: Soziale Eingliederung verbessern	<b>22</b>	Erziehung braucht Normen: Wie setzen wir sie durch?	<b>30</b>
		<b>4.5 Forum 5</b>	
		Unterricht besser gestalten: Balance zwischen Disziplin und Liberalität	<b>31</b>
		<b>5 Resümee der Bildungsministerin:</b>	
		Mehr fordern statt nur zu fördern	<b>32</b>
		<b>6 Teilnehmerliste</b>	<b>34</b>

# EINLEITUNG

Am Samstag, dem 7. Oktober 2006, hat die Behörde für Bildung und Sport ihren 1. Schulkongress in Gebäuden der traditionsreichen Patriotischen Gesellschaft Hamburgs veranstaltet. Bewusst wählten die Organisatoren als Motto die Frage: „Startchancen gleich Bildungschancen?“ Denn – das wurde auf der Veranstaltung schnell deutlich – den unumstrittenen „Königsweg“ zur schnellen und umfassenden Verbesserung der Chancengerechtigkeit der Schülerinnen und Schüler scheint es nicht zu geben. Das betonte auch Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin für Bildung und Sport, bei der Eröffnung des Kongresses. Etwa 200 Persönlichkeiten aus Schule, Hochschule, Wirtschaft, Kultur und Medien diskutierten im Anschluss unterschiedlichste Analysen und Konzepte.

Jedenfalls, das betonte die Senatorin, habe Hamburg gerade in den letzten Jahren eine Reihe von Reformen auf den Weg gebracht, die der Verbesserung der Chancengerechtigkeit dienen. Dazu zählen unter anderem die Sprach- und Entwicklungsstandsanalyse der 4 1/2-Jährigen, die Neukonzeptionierung der Sprachförderung und die Stärkung der vorschulischen Bildung.

Profilierte Referentinnen und Referenten aus ganz Deutschland haben auf diesem Kongress im Rahmen von Einführungsvorträgen ihre Thesen zur Reform des Bildungssystems – vom Elementar- bis zum Sekundarbereich – formuliert.

In fünf Foren bestand dann Gelegenheit, sich mit besonderen Reformfragen auseinanderzusetzen: Zunächst trugen hier die geladenen Experten ihre Reformperspektiven vor; anschließend wurden die Thesen diskutiert – und Vorschläge erarbeitet. Die Moderatorinnen und Moderatoren referierten diese Vorschläge in einem weiteren Tagungsabschnitt dem Plenum.

Im Anschluss folgte eine lebhafte Podiumsdiskussion, in der konkrete Reformschritte erörtert wurden.

Necla Kelek

## ERZIEHUNGSauftrag FÜR TÜRKISCH-MUSLIMISCHE SCHÜLER

In die deutsche Gesellschaft integrieren

Es freut mich, dass ich mit Ihnen über die Sorgen und Probleme der in Deutschland lebenden muslimischen und türkischen Schülerinnen und Schüler sprechen kann.

Ich habe kürzlich ein Buch veröffentlicht. Es heißt: „Die fremde Braut“. Es berichtet von türkischen Frauen, die in arrangierten Ehen von ihrer Familie nach Deutschland verheiratet werden – gegen den Brautpreis Deutschland – und hier Fremde in der Fremde bleiben. Es ergründet, woran und warum die Integration meiner türkischen Landsleute in Deutschland immer wieder scheitert.

Ich habe dieses Buch geschrieben, damit es zu positiven Veränderungen kommt. Und das ist auch mein Motiv, warum ich heute hier vor Ihnen stehe.

In Deutschland leben etwa zwei Millionen Türken und etwa sechshunderttausend Türken, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben. Die Hälfte dieser 2,6 Millionen Menschen hat sich integriert oder ist auf dem Weg zur Integration. Die andere Hälfte hat sich in ihre türkische Communities, in ihre türkisch-islamische Welt zurückgezogen. Sie lebt in und von Deutschland, aber nicht mit den Deutschen.

Davon sind etwa die Hälfte Frauen. Und ich behaupte, jede Zweite von ihnen wurde arrangiert verheiratet. Mindestens 20.000 neue Ehepartner kommen heute jährlich aus der Türkei. Seit 1980 sind etwa 500.000 weibliche Türken nach Deutschland gezogen, deren Ehe für Deutschland überwiegend arrangiert oder per

Zwang institutionalisiert wurde. Familienzusammenführung wird dies genannt. Es handelt sich hier um zukünftige Mütter von muslimisch-türkischen Kindern, die in deutschen Schulen unterrichtet werden. Mit jeder neuen Braut entwickelt sich eine neue Generation; sehr oft können wir dabei nicht von einem Integrationsprozess bei türkisch-muslimischen Migranten sprechen. Er wird zumeist bewusst mit der Verheiratung der Kinder mit einer Verwandtschaft aus der Türkei oder einem arabischen Land unterbunden.

Während von den italienischen, portugiesischen, spanischen oder griechischen Migranten Mischehen mit einem deutschen Ehepartner/in bis zu 40 Prozent eingegangen werden, liegt diese Zahl bei muslimischen Migranten bei fünf Prozent; davon sind 90 Prozent türkische Männer, die eine deutsche Ehepartnerin haben.

Heirat – ja oder nein, diese Frage stellt sich in der muslimischen Gesellschaft gar nicht. Die Ehe gilt als einzig angemessene Lebensform. Sie ist im Islam kein Sakrament, sondern ein zivilrechtlicher Vertrag zwischen zwei Familien.

### Auswirkungen der spezifischen Sozialisation

Wie wirkt sich diese Lebenshaltung auf die Schule, auf das Erziehungskonzept der Eltern aus, die nach Deutschland verheiratet werden und ihre Kinder in eine deutsche Schule schicken?

Nahezu alle Schulverantwortlichen, mit denen ich gesprochen habe, diagnostizieren für die letzten zehn bis 15 Jahre signifikante Verän-



Necla Kelek

Foto: Ralf Plenz, www.medianschule.hamburg.de

derungen in der Gruppe muslimischer Migranten. Ihren Einschätzungen zufolge gehören die nach Deutschland ziehenden Migranten zunehmend bildungsferneren und bildungsunwilligeren Schichten an; „ihre“ geballten Wohnansiedlungen ermöglichen es ihnen darüber hinaus, geschlossene Kieze zu formen, in denen niemand mehr Deutsch sprechen muss.

Wenn diese Einschätzung generell zutrifft, und dies wäre von der Migrationsforschung zu überprüfen, dann besteht die Gefahr, dass sich die bereits vorhandenen Segregationstendenzen weiter verstärken werden. Dies würde auch einen zunehmenden Druck selbst auf die Bildungswilligen innerhalb dieser community ausüben: Wenn neben der eigenen nicht mehr die deutsche Familie wohnt, deren Tochter selbstver-

ständig auf Klassenreise mitfährt, sondern der muslimische Nachbar, der sich über die Teilnahme muslimischer Mädchen an einer solchen schulischen Unternehmung empört, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass selbst der Aufgeschlossene einen Rückzieher macht, um sein Ansehen und das Ansehen seiner Tochter innerhalb der eigenen community nicht aufs Spiel zu setzen.

Denn die Teilnahme von muslimischen Schülern und Schülerinnen am Schwimm-, Sport-, Sexualkundeunterricht und an Klassenreisen hat nach Aussagen aller Befragten in den letzten zehn Jahren kontinuierlich abgenommen. Die Nichtteilnahme wird oft gar nicht mehr – wie früher – religiös begründet, sondern als selbstverständlich vorausgesetzt. Die offene oder verdeckte Verwei-

gerung wirft die Frage auf, ob darin nicht auch eine wachsende Bildungsverweigerung einer ganzen Bevölkerungsgruppe und darüber hinaus eine tendenzielle Aufkündigung des Ziels der Integration von muslimischen Kindern und Jugendlichen zum Ausdruck kommt.

Solche Tendenzen werden durch unsicheres Verhalten seitens der Schulen auch noch verstärkt: Vermehrt haben Schulen mit einem hohen Anteil muslimischer Schüler die Ausrichtung von Klassenfahrten oder den Schwimmunterricht ab der 7. Klasse bereits aufgegeben. Sowohl dieser Unterricht wie auch die Klassenfahrt ist nach Auskunft der Schulleitungen nicht mehr „durchsetzbar“ – die einen bedauern das, die anderen halten diese Frage für nicht so entscheidend. „Wir haben so viele andere Probleme“, sagte mir ein Schulleiter.

#### **Entwicklung der Persönlichkeit – auch von Kommunikationskompetenzen**

Sexualkunde, Sport- und Schwimmunterricht und Klassenfahrten dienen in besonderer Weise dazu, sowohl die Entwicklung der Persönlichkeit zu fördern als auch das soziale Verhalten im Umgang mit anderen:

- Die im Sexualkundeunterricht erworbenen Kenntnisse über die Funktion des eigenen Körpers und die des anderen Geschlechts, das Wissen über Sexualhygiene und -praktiken, Schwangerschaftsverhütung und -vorsorge ermöglichen den jungen Menschen, den eigenen Körper zu beherrschen und zu wissen, was mit ihm geschieht. Erst damit können sie auch Verantwortung für den eigenen Körper übernehmen und Entscheidungsspielraum ihm gegenüber gewinnen. Muslimische Jungen und Mädchen gehen fast immer völlig unaufgeklärt in die Hochzeitsnacht respektive in die ersten sexuellen Kontakte – dementsprechend angstbesetzt ist vielfach das Thema Sexualität.
- Auch der Schwimmunterricht dient in beson-

derer Weise der Körpererfahrung, real und als Metapher für Lebenserfahrung: Mädchen, die schwimmen können, wissen, dass sie sich zur Not allein „über Wasser halten“ können; wer es lernt, sich in einem fremden Element zu bewegen, der kann so viel Selbstwertgefühl und Körperbewusstsein erlangen, dass es schwer sein wird, ihn auszugrenzen und einzusperren.

- Klassenfahrten sind oft die erste und einzige Möglichkeit, dass Kinder und insbesondere muslimische Mädchen außerhalb und unkontrolliert von der Familie kommunikative Erfahrungen machen können. Gemeinsam mit anderen Erfahrungen zu machen, Erlebnisse vermittelt zu bekommen, die die Eltern vielleicht nicht kennen, gleichberechtigt in einer Gruppe gemeinsam Konflikte zu lösen und Schwierigkeiten zu überwinden, sind elementare Bestandteile des sozialen Lernens.

Warum behaupten muslimische Eltern und ihre Vertreter, das gerade diese Bestandteile von schulischer Ausbildung ihrer islamisch-religiösen Praxis widersprechen. Manche Vereine haben es sogar geschafft, über besondere Regelungen Befreiungen für ihre Kinder durchzusetzen ...

#### **Menschen- und Weltbild des Islam**

Ebenso lange wie Migranten aus der Türkei, Marokko oder Albanien leben Einwanderer aus Portugal, Italien, Griechenland oder Südamerika in Deutschland. Vergleichbare Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen (Ausnahme: die besondere Lage der Russland-Deutschen) sind dennoch nicht bekannt. Das legt die These nahe, dass die Ursache für die Bildungskonflikte mit den Muslimen – und meine Forschungen bekräftigen diese These – im besonderen Menschen- und Weltbild des Islam und den religiös fundierten Traditionen und Lebensweisen der Muslime begründet sind.

Islam heißt Hingabe an Gott, und Muslim ist,

wer sich dem Willen Gottes beugt. Aber diese Hingabe ist nicht nur durch Gebete oder die Einhaltung der fünf religiösen Pflichten einzulösen, sondern durch ein ganzes Lebensmuster. Dessen Werte allerdings – die Erziehung und Verheiratung der Kinder, die Ausgrenzung von Frauen vom öffentlichen Leben, der Gehorsam gegenüber den Älteren (meist Männern), die Verweigerung von Selbstbestimmung, die Wertorientierung auf Begriffe wie „Ehre“, „Anstand“, „Schande“, „Sünde“ – prägen das Leben auch eines großen Teils der muslimischen Migranten in Deutschland, selbst der hier geborenen.

Im islamischen Weltbild steht nicht der Mensch als Individuum im Mittelpunkt, sondern der Einzelne ist ein der Gemeinschaft der Ummah verpflichtetes Sozialwesen, und hat sich ihrem Werte- und Normenkodex zu fügen. Für das Verständnis von Bildung hat das schwerwiegende Konsequenzen, die hier nur summarisch aufgelistet werden können:

- Wer seine Tochter aus Gründen der Religion mit sechzehn verheiratet, hat kein Interesse an ihrer Bildung.
- Wer von seinen Kindern Hingabe an Gott, „Respekt“ und Gehorsam verlangt, hat an einer selbstverantwortlichen Persönlichkeit seines Kindes kein Interesse.
- Wer glaubt, im Namen der Ehre Gewalt ausüben zu dürfen, verletzt ein Grundprinzip der Demokratie.

Muslimische Gemeinschaften sind Kollektive: die Familie, die Sippe, die Umma. Das Individuum ist nicht selbstständig, sondern Teil eines größeren Ganzen, dessen Gebote und Verbote letztlich Gottes Wille sind. Die Umma ist die oberste „Referenzebene“. Sie bestimmt, was der Einzelne zu tun und zu lassen hat. Jedes Mitglied dieser Kollektivgemeinschaft hat sich mit seinem Handeln vor der Familie, der Gemeinschaft und vor Gott zu verantworten. Umgekehrt heißt das:

Die Gemeinschaft trifft die Entscheidungen für den Einzelnen. Er wird „beschützt“ und bevormundet. Deshalb ertragen die Frauen und Kinder auch klaglos ihr Schicksal und deshalb fühlen sich Söhne im Extremfall geradezu verpflichtet, ihre Schwestern zu beaufsichtigen, damit sie nicht gegen die Gesetze der Umma verstoßen. Dieses vor-aufklärerische und vor-demokratische Menschen- und Weltbild wird nicht hinterfragt, es ist „fraglos“ gegeben.

Die traditionellen Strukturen werden durch Orientierung auf das religiöse Ideal und die Herkunft immer wieder reproduziert. Die Söhne werden gern mit „Importbräuten“ aus den Herkunftsländern verheiratet. Mangelnde Bildung, arrangierte (Zwangs-) Ehen, religiöse beziehungsweise kulturelle Selbstausgrenzung führen im Ergebnis zu einer sozialen Deklassierung, zur Ghettobildung.

#### **Zunehmende Segregationstendenzen in Wohngebieten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung**

Meine bisherigen Untersuchungen und die Kenntnis zahlreicher anderer jüngerer Forschungsergebnisse zeigen folgendes Bild: Die sozialen Probleme und damit auch die Bildungsprobleme häufen sich, sobald die muslimischen Migranten in Wohnbezirken die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. In dieser Konstellation nimmt das deutsche Sprachvermögen der Migrantenkinder und ihrer Eltern rapide ab, da das Alltagsleben in der Familie und der Öffentlichkeit (Banken, Ärzte, Geschäfte) ausschließlich türkisch oder arabisch geprägt ist. Es bilden sich ethnisch beziehungsweise religiös fundierte wirtschaftliche Strukturen (Kleingewerbe, Lebensmittelhändler, Restaurants, Reisebüros etc.) heraus, die nach eigenen Regeln funktionieren, bis hin zu eigenen Ordnungsmechanismen, Schlichtungs- und Bestrafungsinstanzen, die jenseits der Zugriffsmöglichkeiten des Staates liegen.

Auch in der diese „Kieze“ begleitenden Öffentlichkeit (Medien, Lokal- Ladenbeschriftungen, türkische Kultur- und Moschee-Vereine, eigene Sportvereine) erfolgt eine Betonung der eigenen türkisch-islamischen oder arabischen Kultur. Vorherrschend ist die Identifikation mit der eigenen Ursprungskultur, die oft mit einer Ablehnung der deutschen Gesellschaft einhergeht. Auffällig ist inzwischen sehr oft das Vermeiden jeglicher Berührung mit der deutschen Gesellschaft. Wenige muslimisch-türkische Kinder haben nach dem 10. Lebensjahr noch Kontakt mit deutschen Klassenkameraden oder Freunden. Das gilt besonders für die Mädchen. Von ihren Eltern wird ein solcher Kontakt häufig untersagt, weil sie fürchten, ihre Tochter könnte zu freizügig werden und „wie eine Deutsche leben“ wollen.

Die Folgen dieser Entwicklung sind in den Schulen gerade in solchen „Problemkiezen“ deutlich sichtbar. Immer mehr Erstklässler verstehen bei der Einschulung kein Deutsch. „50 Prozent meiner Schüler sind noch in der 7./8. Klasse faktisch Analphabeten“, sagt der Rektor der Moses-Mendelssohn-Gesamtschule in Berlin-Moabit. Mangelnde Sprachbeherrschung aber heißt mangelnder Schulerfolg, und der zeichnet sich schon früh vor allem bei Jungen ab. Eine Elternmitarbeit bei der Behebung dieses Problems findet faktisch nicht statt. Damit ist ein *circulus vitiosus* in Gang gesetzt. Diese Jugendlichen machen oft keinen Schulabschluss und finden keine Arbeitsstelle. Sie kommen nie in der deutschen Gesellschaft an, schlagen in ihr keine Wurzeln und haben keine Zukunftsaussichten.

### Zwei Kulturen

Solche Schülerinnen und Schüler sind besonderen Konflikten ausgesetzt. Sie leben in zwei Kulturen. Während in der Schule Deutsch gesprochen wird und Lernen, Wissensaneignung und Erziehung zu Selbstständigkeit und Verantwort-

ung die Leitmotive darstellen, haben ihre Eltern ganz andere Erziehungsziele. Die Eltern leben die Geschlechtertrennung, die vertikale Trennung. In der Familie wird Türkisch, Kurdisch oder Arabisch gesprochen. An erster Stelle wird von den Kindern „Respekt und Gehorsam“ erwartet, insbesondere von den Mädchen – kontrolliert von den männlichen Mitgliedern der Familie. Es geht bei den weiblichen Jugendlichen um die Wahrung der „Ehre“, das heißt sie sollen sich dem anderen Geschlecht nicht „zeigen“ oder mit ihm Kontakt aufnehmen. Spätestens mit der Pubertät wird von Jungen und Mädchen ein rollenspezifisches Verhalten eingefordert. Die Mädchen müssen sich auf das „Innen“, auf das Haus, die Familie, die Gemeinde beschränken, während die Jungen die Community nach „außen“ vertreten. Was „innen“ passiert, hat „draußen“ niemanden etwas anzugehen. Was in der Familie geschieht, darf mit keinem Außenstehenden, was in der Gemeinde passiert, mit keinem Ungläubigen erörtert werden. Das Prinzip der Gemeinschaftlichkeit, der Umma, gilt im Kleinen wie im Großen.

Die Kinder fühlen sich natürlicherweise mehr der Familie als der Schule verpflichtet, sie „adoptieren“ die ihnen auferlegten Gebote und Verbote oft als eigene freiwillige Entscheidungen. Die Interessen der Familie sind aber mehrheitlich nicht an den Zukunftsinteressen der Kinder, sondern auf das „Ansehen“ der Familie gerichtet. Ein Vater, der seine Tochter dem Sohn eines Verwandten versprochen hat, hat kein Interesse, dass die Tochter Abitur macht, und schon gar nicht, dass sie „selbstständig“ wird und lernt, eigene Entscheidungen zu treffen.

### Mangelhafte Lernerfolge und Aggressionen

Vor allem bei Jungen hat der mangelnde Lernerfolg dramatische Folgen. Das Aggressionspotential bei muslimischen Jungen ist – nicht zuletzt durch die Erziehungsmethoden in muslimischen

Familien, bei denen körperliche Strafen die Regel sind – drei- bis viermal höher als bei vergleichbaren deutschstämmigen Jugendlichen.

### Konkrete Fälle, die nicht zu akzeptieren sind

Nun mögen Sie einwenden, dass das, was ich hier sage, nur einen kleinen Teil der Türken und Muslime betrifft, die Mehrheit würde doch ganz anders leben und für die trafe das nicht zu. Ja, ich sage das auch immer wieder, es gibt in der Tat auch viele positive Beispiele. Darüber berichtet die Zeitung „Hürriyet“ des öfteren. Es gibt ebenfalls viele positive Beispiele unter deutschen Bürgern, die engagiert für die Integration und ein gutes Zusammenleben wirken.

Viele sind durch das Zusammenleben überfordert. Sogar viele Deutsche trauen ihrem eigenen Staat nicht mehr über den Weg. Man geht nicht zur Polizei, wenn der (türkische) Nachbar die Frau schlägt. Der Lehrer geht nicht zum Jugendamt, wenn er feststellt, dass ein Kind missbraucht wurde, man fühlt sich als Denunziant, wenn man den Vater anzeigt, der seine türkische Tochter zwangsverheiratet. Auch durch diese mangelnde soziale Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft fühlen sich diese (türkischen) Männer sicher, mit ihren Frauen und Kindern machen zu können, was sie wollen. Sie fühlen sich unbeobachtet, sie regieren in ihrem Familienstaat mit eigenen Gesetzen. Aber das geht nur, weil das Gewaltprinzip insbesondere in türkischen Gruppen ungetastet ist. Und niemand genau hinschaut. Und die hinschauen und es benennen, werden belächelt, der Übertreibung bezichtigt, ausgegrenzt. Die Bemühungen um Integration sind – vorläufig – unter anderem allgemein weitgehend an drei Dingen gescheitert:

1. an der strukturellen Gewaltbereitschaft
2. der mangelnden Verantwortung der türkisch-muslimischen Community und
3. daran, dass sich unsere Zivilgesellschaft selbst nicht traut, zu ihren Werten zu stehen.

Es besteht Handlungsbedarf. Das zeigen folgende Beispiele, die mir persönlich bekannt geworden sind:

- Ein junger Mann schrieb mir, dass sein Vater ihn, nachdem er erfuhr, dass der Sohn homosexuell sei, ihn für drei Monate im Keller ankettete. Er schrieb mir aus einer Stadt in Brandenburg, wohin er nach seiner Befreiung durch Freunde geflüchtet war. „Dort finden sie mich nicht, in den Osten trauen sie sich nicht hin.“ Der Vater droht, ihn zu töten.
- Ich habe mit einer praktischen Ärztin, einer Türkin, gesprochen. In ihre Praxis kommen immer wieder junge türkische Frauen und Mädchen, die ihren Stuhlgang nicht halten können. Die Ursache ist sexueller Missbrauch, Vergewaltigung im Anallbereich, oft von klein auf. Sie sagt, wenn ich das anzeige, sind die Mädchen kurz darauf verschwunden, verschickt zu Verwandten in die Türkei, und werden als Jungfrauen verheiratet. Sie beklagt große psychische Probleme bei diesen Mädchen, auffällig oft Bulimie und eine hohe Selbstmordrate. Sie ist kurz davor, ihre Praxis aufzugeben.
- In der Türkei erfahre ich sehr oft von der Praxis, dass türkische Familien, Mädchen von zehn und zwölf Jahren in der Türkei gegen Geld adoptiert und nach Deutschland gebracht werden. Für sie wird Kindergeld oder Sozialhilfe bezogen. Tatsächlich hat man sie als Zweitfrau gekauft.
- In Celle fragt mich eine Lehrerin, was sie tun sollte: Eine ihrer Schülerinnen habe ihr gebeichtet, dass man sie in der Türkei verheiratet wird. Sie wolle nicht. Die Lehrerin hat Angst, dies weiterzuleiten, weil sie die Rache der kurdischen Familie fürchtet.
- Auf einer Tagung berichten zwei Kindergärtnerinnen, dass sie erschreckt festgestellt haben, dass ein kleines zweijähriges Mädchen ihrer Krippe im Genitalbereich beschnitten worden ist. Sie waren verzweifelt, aber sie fürchteten,



dass das Kind den Eltern weggenommen wird, wenn das bekannt wird und haben keine Anzeige erstattet.

Diese Beispiele sollten uns allen zu denken geben – ob in der Schule, in den Medien oder der Politik.

### **Sonderstatus führt nicht in die Integration**

Wie meine bisherigen Untersuchungen bereits deutlich gemacht haben, gibt es unterschiedliche Konzepte, wie der bestehenden Problemsituation am besten begegnet werden kann. Das Konzept des „Verstehens“ und „Entgegenkommens“ führt in der Konsequenz nahezu zur Aufgabe der von den Schulgesetzen vorgegebenen Erziehungsziele. Die ohnehin vorhandene Selbstaussgrenzung der Muslime wird mit dieser „entgegenkommenden“ Position, die – oft in allerbesten Absicht – in vielen Kitas und Schulen gepflegt wird, verstärkt. So scheitert Integrationspolitik.

Wichtig ist, festzustellen:

- Wenn sich die Schule als Dienstleistungsunternehmen für die Wünsche und Erziehungsvorstellungen der Eltern versteht („bedarforientiert“), verfehlt sie ihre Aufgabe.
- Wer dafür votiert, auf Klassenreisen als Entgegenkommen gegenüber muslimischen Eltern zu verzichten, verweigert deren Töchtern die Möglichkeit zum Erwerb von mehr Selbstständigkeit und die Erfahrung von Gemeinsinn in einer gemischtgeschlechtlichen Gruppe.
- Wer sich kulturell oder religiös begründete Eigenheiten (geschächtetes Fleisch, Verbot von Schweinefleisch; Verachtung gegenüber Tieren) so „zu eigen“ macht, dass er die Verweigerung der Teilnahme an der Durchführung einer Klassenfahrt toleriert, kapituliert vor den Ansprüchen einer Gruppe und vergisst, dass auch die Anpassung und das Zurechtkommen mit ungewohnten Verhältnissen wichtige Erziehungsziele sind: Wer kein Schweinefleisch essen mag, kann oder will, wird sich dann vielleicht

für die Dauer einer Klassenfahrt mit Kartoffeln oder Gemüse abfinden müssen.

- Wer dafür plädiert, aus Rücksicht auf religiöse Empfindlichkeiten keinen Sexualkundeunterricht zu erteilen, ist bereit, die Gleichberechtigung aufzugeben.
- Wer für türkische Elternabende eintritt, verhin-dert eher die Integration, als sie zu fördern.

Einer Gruppe permanent einen Sonderstatus zuzugestehen, ist letztendlich eine Konfliktvermeidungs-Strategie, die, konsequent zu Ende gedacht, die Schule als einen der ersten und wichtigsten Integrationsorte nicht nur völlig überfordert, nicht nur ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag als Schule dementiert, sondern lässt sie auch als Sozialisationsinstanz auch zerfallen.

Das Ziel der Integration wird bei einer solchen Position gleich doppelt aufgegeben: gegenüber den muslimischen wie auch gegenüber nicht-muslimischen Schülerinnen und Schülern. Schon jetzt, so beschreiben es mehrere Schulleiter, sind solche Schüler häufigen Diffamierungen ausgesetzt, weil sie Schweinefleisch essen, kein Kopftuch tragen, sich zum Schwimmunterricht ausziehen oder gern auf Klassenreise gehen.

### **Notwendig: Verstärkte gesamtpolitische Steuerung von Integration**

Integration ist ein dialogischer Prozess, der – unabhängig davon, welcher Kultur oder Religion die Schüler angehören – für alle ein gemeinsames Ziel verfolgt: alle Kinder zu gleichberechtigten und vollwertigen Mitgliedern der deutschen Gesellschaft zu erziehen, zu Staatsbürgern im Sinne unserer Verfassung, zu Bürgern, die möglichst aussichtsreiche Zukunftschancen in der Zivilgesellschaft haben. Die Schule kann diese Aufgabe nicht allein leisten, aber sie ist das vielleicht stärkste Instrument, das einer ambitionierten Integrationspolitik zur Verfügung steht.

Um sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe zu unterstützen, bedürfte es allerdings künftig einer integrationspolitischen Steuerung aus anderer Lebensbereiche. Mehrere Schulleiter beklagen, dass sie insbesondere in türkisch-muslimischen Ballungsgebieten der damit verbundenen Probleme in den Schulen nicht mehr Herr werden. Inwieweit das künftig auch für Stadtplanung, Gewerbeansiedlung, Quartiersmanagement, juristische Neuregelungen von Zuwanderungsbedingungen („Importbräute“) und viele andere Lebensbereiche Konsequenzen haben muss, wenn man den Segregations- und Separationstendenzen entgegenarbeiten will, kann in diesem Rahmen nicht näher erörtert werden. Auch wie notwendig Maßnahmen wären, um bei den Eltern mehr Aufgeschlossenheit für die Bildung ihrer Kinder und mehr Kooperationsbereitschaft mit den Schulen einzufordern, muss erwähnt werden. Jedenfalls müssten die Eltern lange vor Schuleintritt über motorische und sprachliche Entwicklungen, über medizinische, hygienische und psychologische Fragen ihrer Kinder aufgeklärt und für eine frühere Anmeldung ihrer Kinder in den Kindergarten gewonnen werden.

### **In der Schule gibt es Rechte – aber auch Pflichten**

An den Schulen werden die entscheidenden Weichen für die Zukunft einer Gesellschaft gestellt. Diesem Umstand trägt die Verfassung Rechnung, indem sie das Schulwesen unter staatliche Aufsicht stellt. Der darin enthaltene Erziehungs- und Bildungsauftrag soll gewährleisten, dass alle Kinder, gleich welcher Herkunft, mit den Werten und Normen dieser demokratischen Gesellschaft vertraut gemacht und gemäß dieser Werte und Normen zu einem emanzipierten und respektvollem Miteinander angehalten werden. An den Schulen reproduziert sich gewissermaßen das Selbstverständnis und der Selbstwert

einer Gesellschaft.

Diese Aufgabe wird zugleich schwieriger und wichtiger. Die Schule, insbesondere in den städtischen Ballungsräumen, wird mehr und mehr zu einer Integrationsagentur, die auch und vor allem Kinder aus nichtdeutschen Herkunftsfamilien auf ein selbstbestimmtes Leben in dieser Gesellschaft vorbereiten muss. Hierbei gilt es, den gesellschaftlichen Wertekanon mit dem zum Teil aus kulturellen beziehungsweise religiösen Gründen abweichenden Wertvorstellungen der Eltern möglichst in Übereinstimmung zu bringen. Wo dies nicht möglich erscheint, muss den in der Mehrheitsgesellschaft vorherrschenden Werten und Normen ein eindeutiger Vorrang eingeräumt werden.

Für alle, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben, sind die in der Verfassung garantierten Rechte wie auch die daraus erwachsenden Bürgerpflichten gleichermaßen verbindlich, unabhängig von jeder kulturellen, religiösen oder sozialen Verwurzelung. Hierbei kommt es zu einer Reihe von Zielkonflikten, die umso schärfer werden, je weniger dezidiert die gesellschaftlichen (und staatlichen) Vorgaben sind. Das Toleranzgebot der Verfassung, das Recht auf Freizügigkeit und freie Religionsausübung gewähren es jedem Einzelnen grundsätzlich, sich auch von dieser Gesellschaft abzugrenzen. Eine Zivilgesellschaft und deren Staat (zum Beispiel die Schulaufsicht) sind aber aus eigenem Interesse gehalten, solchen Segregations- bzw. Separationstendenzen entgegenzuarbeiten. Das kann und muss in dem Bewusstsein geschehen, dass die Inanspruchnahme von Rechten stets auch an Bürgerpflichten gekoppelt ist, von deren Erfüllung das friedliche gesellschaftliche Miteinander entscheidend abhängt. Es gehört zu den Hauptaufgaben der Schule, ein solches Bewusstsein in den Schülern auszubilden. Dass dies heute nur unzureichend geschieht, ist längst ebenso deutlich geworden wie die Tatsache, dass



wir uns hier in einem rechtlich, kulturell, sozial und politisch sensiblen und umstrittenen Feld bewegen.

### Forderungen an die einzelnen Schulen

Zu fordern sind:

- Die Entwicklung und Einrichtung (Pilotprojekt) eines einheitlichen Meldesystems für „Kulturkonflikte“ (zum Beispiel die Nichtteilnahme an bestimmten „Vermeidungsfächern“ oder an Klassenfahrten) an Schulen mit einem signifikanten Anteil von Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache);
- eine „Vernetzung“ von „Problemschulen“ zum verbesserten Erfahrungsaustausch („best practices“);
- die Einführung eines „Integrationsbeauftragten“ (als Funktionsstelle), der die von den Lehrern zu erhebenden Daten systematisiert und auswertet (dieser besonders zu qualifizierende Beauftragte wäre zugleich die zentrale Anlaufstelle in konkreten Konfliktfällen sowie für die zu treffenden Maßnahmen (Mediation, Beratung, Elterngespräche, Einlegung von Rechtsmitteln; darüber hinaus müsste er regelmäßigen Kontakt zu den Integrationsbeauftragten anderer Schulen im Sinne einer Vernetzung pflegen);
- eine intensiviertere Elternarbeit, um die Eltern aktiv über die Notwendigkeiten und Inhalte der Schulausbildung zu informieren und auf ihre Pflichten als Eltern bei der Bildung ihrer Kinder einzufordern.

### Fördern und Fordern:

#### Gegen eine Parallelgesellschaft

Die Schule ist kein kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen, dessen Angebot sich den jeweiligen Nachfragekonjunkturen anzupassen hat. Die Schule ist vielmehr eine staatliche Institution, deren Ziele durch den Bildungsauf-

trag der Verfassung und die Schulgesetze der Länder festgeschrieben sind. Diese Ziele sind überprüf- und auch veränderbar, sie sind aber nicht von Fall zu Fall verhandelbar. Die Schule versteht sich darüber hinaus auch als staatlicher Schutzraum für die Rechte der Kinder auf Bildung und Selbstständigkeit, und zwar nach Maßgabe der in der deutschen Gesellschaft vorherrschenden Werte und Normen. Diese Verfasstheit muss stärker als bisher in den Vordergrund gestellt und an „Problemschulen“ sogar besonders betont werden, um der Herausbildung und Verfestigung von „Parallelgesellschaften – Gegengesellschaften“ entgegenarbeiten zu können.

#### Schule: Primär deutscher Kulturraum

- Wir müssen die Schule als deutschen Sprach- und Kulturraum begreifen und öffentlich definieren. Die Beherrschung der deutschen Sprache und der demokratischen Kultur ist eine Schlüsselkompetenz sowohl für den Schulerfolg als auch für die Integration. Aus dieser Erkenntnis erwachsen Fördermaßnahmen und Forderungen.
- Das Sprachvermögen ist durch Sprachtests und durch Förderkurse vor allem in den Vor- und Grundschulen verstärkt zu fördern. Es ist anzustreben, die Beherrschung der deutschen Sprache zur Einschulungsvoraussetzung zu erheben. Das wiederum bedeutet, dass Sprachstandsfeststellungen und gezielte Sprachförderung rechtzeitig vor Schuleintritt (etwa durch geeignete Kindergarten-Programme und Elternbildung) zu erfolgen hätten. Bei Feststellung von eklatanten Sprachdefiziten und schulischer Zurückstellung des Kindes sollte eine schulische Neuanmeldung von einem verpflichtenden „Elternaufklärungskurs“ abhängig gemacht werden. Hier wären die rechtlichen, finanziellen und praktischen Voraussetzungen zu klären.

- Die Unterrichtssprache ist ausschließlich Deutsch (Ausnahmen: Fremdsprachenunterricht oder bilinguale Bildungsangebote). Das Deutschgebot muss auch für den Religionsunterricht islamischer Organisationen an Schulen durchgesetzt werden, weil die Schulleitungen andernfalls ihrer Aufsichtspflicht gar nicht gerecht werden könnten.
- Vorzugsweise Schulen mit einem hohen Anteil von Migrantenkindern sollten zu Ganztagschulen umgerüstet werden, um den Kindern – wie von vielen betroffenen Schulleitern gefordert – einen längeren „Aufenthalt im deutschen Sprachraum“ zu ermöglichen.
- Viele Konflikte lassen sich zum Teil bereits durch eine klare Informationspolitik der Schulen im Vorfeld vermeiden. Sinnvoll wäre (wie schon an einigen Schulen erfolgreich praktiziert), wenn sich jede Schule eine öffentlich zugängliche Schulverfassung gäbe, auf die sich die Eltern bei der Einschulung ihrer Kinder zu verpflichten hätten. Teil dieser Verfassung müssten dann bestimmte schulische Aktivitäten sein (Schwimmunterricht, Sportunterricht, Sexualkunde, Klassenfahrten); an diesen Aktivitäten haben alle Schüler teilzunehmen.
- Da Konflikte in einer kulturell heterogenen Gesellschaft auch weiterhin unvermeidlich und Forderungen nur durchsetzbar sind, wenn ihre Nichterfüllung sanktioniert wird, muss ein gestaffelter Maßnahmenkatalog entwickelt werden, der den Lehrern und Schulleitungen ein konkretes Handlungsrepertoire zur Verfügung stellt. Hier könnten die Integrationsbeauftragten, unterstützt durch Experten, Schul- und Bundesbehörden, entsprechende Vorschläge erarbeiten.

#### Zeitbombe

Es wird Zeit, dass wir – auch politisch – handeln: Wir sitzen auf einer Zeitbombe. Demogra-

phische Berechnungen zeigen, dass spätestens in zwanzig Jahren über 50 Prozent der Bevölkerung der Großstädte einen Migrationshintergrund haben werden. Damit werden viele Probleme einhergehen. Das wird unsere Zukunft sein, die wir zu bewältigen haben.

#### DR. NECLA KELEK

Necla Kelek, geboren 1957 in Istanbul, kam mit zehn Jahren nach Deutschland und hat in Hamburg und Greifswald Volkswirtschaft und Soziologie studiert und über das Thema „Islam im Alltag“ promoviert. Sie forscht zum Thema Parallelgesellschaften, Islam und Integration und berät unter anderem die Hamburger Justizbehörde zu Fragen der Behandlung türkisch-muslimischer Gefangener. Das Bundesinnenministerium berief sie als ständiges Mitglied der Deutschen Islam-Konferenz. Necla Kelek lebt und arbeitet als freie Autorin in Hamburg und Berlin.

Im November 2005 wurde die Publizistin für ihr Buch „Die fremde Braut. Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland“ mit dem Geschwister-Scholl-Preis der Stadt München ausgezeichnet. Am 24. September 2006 erhielt sie für ihr jüngstes Buch »Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes« den internationalen Sachbuchpreis CORINE 2006. Die Universität Duisburg-Essen verlieh Dr. Necla Kelek den akademischen Titel „Mercator-Professur 2006“ für besonderes gesellschaftliches Engagement.

Dr. Bernhard Bueb

## MEHR DISZIPLIN IN UNTERRICHT UND ERZIEHUNG

Fördern und Fordern – Schule muss bilden und erziehen

Unterricht soll erziehend wirken. Was bedeutet dieser Satz im Alltag der Schule?

Dass Unterricht erziehend wirken soll, gilt seit Herbart, einem der großen Theoretiker des Unterrichts, als selbstverständliche Erwartung an alle Lehrer. Im Laufe der Zeiten hat sich die Vorstellung darüber, wie Unterricht erziehend wirken soll, gewandelt, weil sich pädagogische Aufgaben, die den Eltern traditionell zufielen, auf die Schule verlagert haben. Diese Verlagerung wird von der Mehrzahl der Lehrer nicht akzeptiert.

Ich behaupte, dass der Bildungsnotstand in Deutschland die Folge eines Erziehungsnotstandes ist. Kinder und Jugendliche werden heute nicht mehr großgezogen, sondern wachsen einfach auf. Sie entwickeln eine Haltung, die der Pädagoge Wolfgang Harder in der Formel zusammengefasst hat: Ich. Alles. Sofort! Eine solche Haltung, die man im Mittelalter „carpe diem“ nannte, entsteht immer dann, wenn Menschen die Zukunft wegbricht. Man vergegenwärtige sich einmal, was einen Jugendlichen heute erwartet: eine strukturbedingte Arbeitslosigkeit, die Sinnentleerung unseres Daseins, die Vergreisung der Gesellschaft, die Ausbeutung der Lebensgrundlagen der Menschen, das Geld als letzte sinngebende Instanz – ich könnte noch weiter

fortfahren. Die Haltung: Ich. Alles. Sofort! bedeutet: Jugendliche pflegen eine ichbezogene Einstellung bis hin zum Narzissmus, sie sehen die Welt als Supermarkt an und taxieren ständig alles nach seinem Wert für das eigene Ich (das gilt auch für die Personen der Lehrer, die sie als Angebot taxieren) und sie können und wollen Bedürfnisbefriedigungen nicht aufschieben.

Diese Einstellung wirkt sich bis in den Unterricht aus. Kindern und Jugendlichen fehlen Tugenden, Eigenschaften und Fertigkeiten, die sie für erfolgreiches Lernen brauchen. Die mangelnde Erziehung gepaart mit düsteren Zukunftsperspektiven verhindert, dass Jugendliche Selbstvertrauen entwickeln, dass sie an sich und ihre Begabungen glauben lernen und dass sie aus einem gesunden Selbstwertgefühl Anstrengungsbereitschaft entwickeln.



Dr. Bernhard Bueb

Foto: Ralf Plenz, www.medien@schule.hamburg.de

Wir alle, Eltern und Lehrer, müssen wieder Mut zur Erziehung finden. Erziehung heißt Führung! Die Erziehenden sollten Kindern Orientierung bieten, Grenzen setzen und sie vor den Einflüssen vor allem der Medien und des Konsums schützen. Dass Kinder und Jugendliche schöpferisch tätig werden, dass sie Initiative entwickeln, dass sie sich mit Ausdauer und Sorgfalt einer Sache widmen, hängt von Vorbild und Führung ab. Beides leistet eine Mehrzahl von Eltern immer weniger und auch das Heer der Alleinerziehenden bedarf hier besonderer Unterstützung.

### Lehrer müssen bereit und in der Lage, sein als Erzieher zu wirken!

Das Erziehungsdefizit in den Familien sollten Lehrer wenigstens partiell ausgleichen. Dazu müssen sie sich ändern, sie müssen von „Unterrichtern“, wie sie die Reformer vor hundert Jahren nannten, zu Menschenbildnern werden. Autorität und Ethos sollte ein Lehrer in seiner Person verbinden. Autorität gewinnt ein Lehrer durch Glaubwürdigkeit, durch Können, durch Gerechtigkeit, durch Liebe zu Kindern und Jugendlichen, durch selbstbewusstes Auftreten und durch Ansehen seines Amtes. Die Person des Lehrers ist der Dreh- und Angelpunkt von Erziehung und Bildung.

Kinder und Jugendliche brauchen Erwachsene, die ihnen den Weg weisen und auf die sie hören, weil sie etwas zu sagen haben: hören heißt nicht gehorchen, sondern die Worte und Taten der Lehrer ernst nehmen, sie verstehen wollen, ihnen folgen oder widersprechen. Kein Jugendlicher wird sich einem Lehrer verweigern, der durch Können, Gerechtigkeit, Authentizität und Liebe Autorität ausstrahlt und den die Gesellschaft achtet. Auch der mittelmäßige Lehrer muss sich an diesem Ideal des Lehrers orientieren und muss an der Autorität teilhaben dürfen, die der Beruf und das „Amt“ des Lehrers ausstrahlt.

Die Reformpädagoginnen am Anfang des 20. Jahr-

hunderts haben an der Schule kritisiert, dass sie primär akademisch bildet, dass aber Kinder und Jugendliche nicht zu ganzen Menschen erzogen werden. Diese Kritik gilt heute unvermindert, ja sie ist berechtigter denn je.

### Lehrer sollen primär loben und stärken, Kritik soll immer ermutigen!

Wir Deutschen neigen dazu, ehrlich miteinander umzugehen, Kritik unverblümt zu äußern und Wahrheiten direkt und lutherisch auszusprechen. Diese Haltung charakterisiert auch den Erziehungsstil unserer Lehrer. Lob, Ermutigung und Ermunterung prägen nicht das Klima in den Klassenzimmern. Kritik, Mahnung, Vergabe pädagogischer Noten (scharfe Bewertung als Ansporn) herrschen vor. Das Bild der Lehrer würde sich wohlthuend verändern, wenn Schüler ihre Fürsorge und Liebe zu ihnen in ihren Handlungen erkennen könnten. Ich habe immer wieder die Sehnsucht von Schülern nach Lehrern erlebt, die sich ihnen persönlich zuwenden und die ihre Qualitäten und Mängel individuell kennen und ernst nehmen.

Erziehender Unterricht sollte sich dadurch auszeichnen, dass Lehrer die persönliche Situation der Schüler wahrnehmen und auch Zeit haben, individuell auf sie einzugehen. Da das während der Unterrichtsstunden nicht immer möglich ist, sollte es Zeiten geben, zu denen Lehrer und Schüler außerhalb des Unterrichts zusammenkommen. Das setzt die Ganztagschule voraus. Die Ganztagschule erweitert den Auftrag des Lehrers vom Unterrichter zum Erzieher. Erziehung braucht Zeit, die nicht dem Unterricht abgezogen werden sollte. Vor allem braucht es Zeit, jungen Menschen zu mehr Selbstwertgefühl zu verhelfen.

### Disziplin verlangen, Grenzen setzen, Konflikte wagen und Leistungen fordern!

Strenge Erziehung scheint anstrengend zu sein. Sie setzt großes Vertrauen in die Jugendlichen voraus,

dass sie solche Strenge als Chance und nicht als Bedrohung erfahren. Kinder und Jugendliche erwarten Strenge, wenn sie die Fürsorge in der Strenge erkennen. Lehrer glauben manchmal, sie würden die Zuneigung der Schüler aufs Spiel setzen, wenn sie streng sind. Schüler akzeptieren aber mehr Strenge als Lehrer glauben, ausüben zu dürfen.

Höflichkeit und Disziplin richten sich immer nach der Haltung der Erwachsenen: wo sie bereit sind, die vereinbarten Maßstäbe und Standards einzufordern, verhalten sich die Jugendlichen respektvoll, ordentlich und höflich. Aber leider ist nur eine Minderheit der Lehrer bereit, Konflikte zu wagen, um das Verhalten der Jugendlichen zu korrigieren.

Die ständige Wiederholung von Forderungen zehrt an Nerven und Kräften. Darüber hinaus geben sich viele Erwachsene sehr tolerant, ertragen Unruhe, schlechte Manieren und Schlamperei, weil mangelnder Anstand inzwischen zum Standard in diesem Land geworden ist. Nicht nur Bildungsstandards sollten wir fordern, sondern auch Verhaltensstandards, denen auch wir Erwachsene zu folgen haben.

Standards genügen aber nicht. Denn Eltern, Lehrern und Erziehern fehlt es oft nicht an Einsicht, sondern an Autorität und der Bereitschaft, sich mit Jugendlichen auseinander zu setzen. Mut nennen wir die Tugend einzugreifen, zu führen und zu formen. Sie setzt aber Selbstbewusstsein voraus – ich als Lehrer habe das Recht und die Pflicht einzugreifen – und auch einen Glauben an die Segnungen von Disziplin. Strenge Erziehung setzt einen Konsens im Kollegium voraus, gemeinsame Maßstäbe der Erziehung zu vereinbaren und auch zu praktizieren.

**Lehrer sollten in Jahrgangsteams Unterricht gemeinsam vorbereiten, gemeinsame Maßstäbe vereinbaren und praktizieren.**

Das Elend deutscher Lehrer ist ihre Einsamkeit. Die Neigung vieler Lehrer zum Einzelkämpferda-

sein, auch verursacht durch mangelnde Übung der Zusammenarbeit, führt zu Isolierung und entmutigt. Die Segnungen der Zusammenarbeit sind vielen Lehrern unbekannt, sie sind allein gelassen mit Disziplinproblemen und mit den nicht-erzogenen Kindern und Jugendlichen. Als erste Maßnahme sollte man in allen Klassenzimmern die Türen aushängen, damit Lehrer sehen, wie es beim Kollegen auch schief geht, aber vor allem, um zur Zusammenarbeit anzuregen.

Jahrgangsteams sind die Entdeckung der letzten Jahre und werden dringend von allen Schulreformern empfohlen. Ich habe in Salem erlebt, wie viel Widerstand der Bildung solcher Teams entgegen gesetzt wurde. Inzwischen sind die Skeptiker bekehrt: Jeder erkennt, dass solche Teams die Arbeit effektiver und vor allem die Lehrer glücklicher machen. Es hieße, Eulen nach Athen tragen, wenn ich Ihnen über Theorie und Praxis von Jahrgangsteams berichten würde. Aber auch diese Teams bedürfen der Bereitschaft, über den Unterricht hinaus an der Schule tätig zu werden.

**Der Arbeitsplatz des Lehrers sollte bis 16 Uhr die Schule sein!**

Der Lehrerberuf muss revolutioniert werden. Denn alle Reformen nützen nichts, wenn unsere Lehrer sich nicht ändern. Schon Jesus Christus mahnt, man solle nicht neuen Wein in alte Schläuche gießen. Die Revolution wäre die Verordnung, dass der Arbeitsplatz des Lehrers die Schule ist - bis sechzehn Uhr.

Das Sein bestimmt das Bewusstsein, diese Erkenntnis von Karl Marx gilt auch hier: wenn Lehrer nachmittags an der Schule wären, mit Schülern zu Mittag essen, Sport treiben, Theater spielen, Hausaufgaben machen und Projekte durchführen würden, würde sich eine neue Dimension der Lehrer-Schüler-Beziehung entwickeln. Lehrer würden gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten anders erleben als im Unterricht, sie anders fördern und fordern können. Kein Kind geht ver-

loren, an das ein Lehrer glaubt. Dazu muss er das Kind aber auch außerhalb des Unterrichts kennen und schätzen lernen. Die bloße Unterrichtsbeziehung ist zu eindimensional. Lehrer würden ihre Kollegen neu kennen lernen und ein Defizit überwinden können, nämlich den Mangel an Zusammenarbeit. Und Lehrer würden Eltern beraten, die vielen Alleinerziehenden und Unterschichteltern bräuchten weniger Super Nannys und Beratungs-institute, sie könnten sich an Lehrer wenden.

Lehrer müssten schon bei der Berufswahl wissen, dass Erziehungsaufgaben so wichtig sind wie das Unterrichten. Sie müssten aus Liebe zu Kindern und Jugendlichen Lehrer werden und nicht, weil sie Beamte werden können. Das Beamtentum müsste sofort abgeschafft werden, weil es bei der Berufswahl zu häufig zum Hauptmotiv wird. Sicherheit und Versorgung lebenslang bis zum Tod, dafür erträgt man unmotivierte Kinder und Jugendliche wenigstens vormittags. Außerdem würde es dem Image der Lehrer nützen, wenn sie wie alle anderen Angestellten auch nachmittags an der Schule wären.

Der Beruf des Lehrers gehört zu den schönsten Berufen der Welt, ich nenne die Lehrer Menschenführer im Reich der Erkenntnis! Kinder und Jugendliche mit dem Wissen und Können der Vorfahren vertraut zu machen, sie zu ermutigen, sich selbst anzunehmen, ihr Vertrauter und Berater sein zu dürfen, eine Autorität zu sein, an der sie hochblicken und an der sie sich reiben dürfen, ihnen Grenzen zu zeigen und sie zur Grenzüberschreitung zu befähigen, ihnen die Botschaft aus einem Gedicht Paul Flemmings zur zweiten Natur werden zu lassen: „Wer seiner selbst Meister ist und sich beherrschen kann, dem ist die weite Welt und alles untertan“, diese Rolle im Leben der Jugendlichen spielen zu dürfen ist ein wunderbares Privileg. Diese Lehrer würden sich in hohem Ansehen sonnen können, jeder wüsste, dass sie die Bannerträger der Zukunft sind.

Eine Konsequenz der veränderten Lehrerrolle

wäre die Einführung der Ganztagschule. Der Lehrer als Partner im Spiel, das wäre eine Chance für alle Kinder und Jugendlichen, für die, deren Erziehung zuhause gelingt und für die große Zahl der Kinder und Jugendlichen, die das Privileg der Erziehung zu Hause nicht genießen. Meine Thesen führen alle zu einer Konsequenz: der Einführung der flächendeckenden und verpflichtenden Ganztagschule.

Deutschland muss Bildung und Erziehung zur wichtigsten Sache des Landes machen und dafür erheblich höhere finanzielle Mittel aufwenden. Das wäre die wirksamste Investition in die Zukunft.

#### DR. BERNHARD BUEB

Dr. Bernhard Bueb, geboren 1938 in Tansania, kam nach dem Zweiten Weltkrieg nach Deutschland. Nach dem Abitur am jesuitischen Kolleg St. Blasien folgte der Bundeswehrdienst. Er studierte Philosophie und katholische Theologie in München und Saarbrücken, wo er über das Thema „Nietzsches Kritik der praktischen Vernunft“ promovierte. Er arbeitete mit Prof. Heinrich Roth am Pädagogischen Seminar der Universität Göttingen und war von 1970-1972 Assistent von Prof. Hartmut von Hentig an der Fakultät für Philosophie, Psychologie und Pädagogik der Universität Bielefeld. Nach seiner zweijährigen Tätigkeit als Erzieher an der Odenwaldschule wurde Bueb Leiter des Internats Schule Schloß Salem – dieses leitete er von 1974 bis 2005. Er ist seit 1980 Mitglied des Vorstandes der Studienstiftung des Deutschen Volkes. 2006 veröffentlichte er das Buch „Lob der Disziplin – Eine Streitschrift“. Dieses Werk steht seit langem auf den deutschen Bestsellerlisten.

Gabriele Behler

## SOZIALE EINGLIEDERUNG VERBESSERN

Notwendig sind erheblich mehr Kitas und Ganztagschulen

### I. Schule – Gesellschaft – Politik: zwischen Selbst- und Fremdbestimmung

Wir erleben, derzeit periodisch wiederkehrend, wenn die Ergebnisse eines internationalen Vergleichs von Bildungssystemen und Schülerleistungen veröffentlicht werden: Es bricht geradezu eine kollektive Hysterie aus, oft medial aufgeladen, dabei selten seriös und fachlich fundiert. Die Diskutanten sind sich im Regelfall darin einig, dass das deutsche Bildungssystem leistungsschwach, rückständig, ineffektiv und sozial ungerecht ist. In bildungspolitischen Diskussionen finden wir alles: Echtes Interesse und viel Engagement, aber auch gesättigte Vorurteile, Geschwätzigkeit und Selbstverliebtheit. In der Kombination mit Auf- und Abstiegängsten der Entscheider (innen) wird die Schule zum Brennglas aller gesellschaftlichen Probleme und eignet sich von daher gut für jede Art medialer Skandalisierung.

Das sind schlechte Voraussetzungen für politische Entscheidungen. Wenn es gelingen würde, Rationalität im Diskurs und als Bezugsrahmen für politische Entscheidungen zu verankern, dann ließen sich auch Partikularinteressen überwinden und viele gesellschaftliche Kräfte für sinnvolle Reformen mobilisieren. Eigentlich müsste es heute leichter sein als vor 20 Jahren, diese Rationalität im Diskurs zu gewinnen: Durch die empirische Wende können wir die „Bildungspolitik im Blindflug“, wie ich es einmal genannt habe, hinter uns lassen und mindestens in der Analyse dessen, was ist, Klarheit gewinnen. Es lässt sich nicht leugnen: Das deutsche Bildungswesen weist im internationalen Vergleich einen Modernitätsrückstand auf. Allerdings ist inzwischen eine Menge passiert, und

es zeigen sich durchaus auch Erfolge. Immerhin gehörte Deutschland 2003 zu den PISA-Aufsteiger-Ländern. Da lohnt sich der genaue Blick darauf, warum manche Bundesländer besser abgeschnitten haben. Weitgehend unumstritten sind die Modernisierung der Unterrichtsmethoden, die verstärkte frühkindliche Förderung, mehr Selbstständigkeit der Schulen in Verbindung mit einer inhaltlichen Neugestaltung der staatlichen Steuerung und Unterstützung (Stichwort: Schulinspektion), gezielte Leistungsorientierung bei gleichzeitiger besonderer Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, besonderer Unterstützung von leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern und von Schulen mit spezifischen Problemen sowie regelmäßiges Bildungsmonitoring auf allen Ebenen des Bildungssystems.

Schwieriger wird es mit dem Konsens, wenn man diese Ebene mittlerer Abstraktion verlässt und praktisch werden soll. Dieser Konsensfindung werden Sie sich in den Foren zuwenden.

### II. Moden und Zeitgeist – drei Problemkreise mit unzeitgemäßen Warnungen

Politik ist anfällig für den Zeitgeist, Bildungspolitik bildet da keine Ausnahme. Das hat immer schon zu Verirrungen geführt, und da sich Bildungspolitik seit dem 19. Jahrhundert in Lagern konstituiert, bleibt folgerichtig kein Lager frei von eigenen Mythen. Dem sollten wir in aufklärerischer Absicht entgegentreten. Ich will in diesem Sinne drei Problemkreise herausgreifen, die die Arbeit in den Foren ergänzen: 1. die Bedeutung von Erziehung für Bildung und umgekehrt,



Gabriele Behler

Foto: Ralf Plenz, www.medischschule-hamburg.de

2. die Renaissance der Pädagogik als Entformalisierung und 3. Chancengleichheit als soziales Problem.

#### 1. Mehr Erziehung macht bessere Bildung – kein Patentrezept

Dass das öffentliche Schulwesen einen Erziehungsauftrag hat, steht in fast allen Schulgesetzen. Kinder und Jugendliche benötigen Erziehung und haben Anspruch darauf. Sie brauchen Fürsorge, Unterstützung, Orientierung, Ermutigung, eine Balance zwischen Raum-Geben und Grenz-Setzen, das Vorbild der Erwachsenen, Ermutigung und Anleitung. Erziehung ist grundlegend – nicht nur für Bildung.

Aber auch auf diesem Feld diskutieren wir in Deutschland gern in Antinomien: Was hat mein

Unterricht mit Erziehung zu tun? Kein Lehrer kümmert sich um Pünktlichkeit! Sollen sich die Eltern kümmern! Die Eltern lassen uns allein, sie liefern ihr Kind ab und wollen es gut erzogen zurückbekommen! Regeln? Die hält doch keiner durch! Die gelten aber doch nur für die anderen! Die Unkultur des ausgestreckten Zeigefingers ist weit verbreitet. Dazu kommt, dass man die „Pluralisierung der Lebensstile“ in jeder Elternversammlung erleben kann. Eltern und Lehrer haben oft völlig unterschiedliche Auffassungen über ihre Erziehungsziele. Eine Konsensbildung wird dann schwierig. Dabei mag auch noch nachwirken, dass wir in Deutschland emanzipatorische Werte lange als Sekundärtugenden vernachlässigt haben.

Das hat sich nach meinem Eindruck in der normativen Ausrichtung erledigt. Kein Mensch meint

mehr ernsthaft, Pünktlichkeit sei unwichtig und Ordnung müsse nicht gelernt werden. Eher geht es um die Frage, wie intensiv und mit welchen Methoden dies zu vermitteln sei. Das kann an der jeweiligen Schule mit unterschiedlichen Akzenten festgelegt werden. Ich befürworte sehr, dass Lehrer, Schulleiter, Eltern und Schüler ihr erzieherisches Programm formulieren. Dieses Programm muss Regeln klar benennen, einschließlich der Sanktionen, die bei Regelmissachtungen greifen.

Unsere Schulen sind dem hohen Anspruch der Veränderung in vielen „harten“ Bereichen ausgesetzt. Durch die Orientierung auf Qualitätsentwicklung in Schule und Unterricht stehen Erziehungsfragen im Rahmen der Schulentwicklungsarbeit immer wieder in einer gewissen Konkurrenz zum Unterricht und der mit ihm verbundenen Aufgabe der Vermittlung von fachlichen und überfachlichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten. Und diese Konkurrenz hat nicht nur zur Vernachlässigung von erzieherischem Selbstverständnis und Handeln geführt, sondern auch zum Gegenteil: Die Formel „Schule ist mehr als Unterricht“ richtete sich aus einer reformpädagogischen Position heraus gegen eine einseitig kenntnis- und fähigkeitszentrierte Schule. Diese Orientierung galt aus verschiedenen reformpädagogischen Perspektiven als Vorgabe für Schulgestaltung.

Diese Orientierung wird dann (in der Kritik an einer solchen Aufgabenbestimmung) verantwortlich gemacht für die Vernachlässigung des Unterrichts und seiner Ergebnisse. Tatsächlich gibt es problematische Verarbeitungen einer solchen Erziehungsorientierung der Schule. Für eine bestimmte schwierige Schülerklientel müsse „erst einmal durch Erziehung das notwendige Fundament gelegt werden“, bevor ein gezielter Unterricht beginnen könne; Wissen und fachliche Fähigkeiten hätten bei „Problemkindern und - jugendlichen“ einen geringeren Stellenwert als die Stärkung der Persönlichkeit. Wenn dies dann noch gehäuft in bestimmten Schulformen oder Regio-

nen oder Stadtteilen auftaucht, verfestigt es sich leicht zu einer Schulkultur, die ihren Bildungsauftrag aus den Augen verliert. Grundanforderungen zu vermitteln ist aber an der Hauptschule in einem problematischen Stadtteil mindestens genauso wichtig wie an einem bildungsbürgerlich geprägten Gymnasium.

## 2. Die Renaissance der Pädagogik als Entformalisierung

Wir beobachten in unserer Gesellschaft, in den Medien, an den Universitäten und selbst in der Politik eine erfreuliche Renaissance der Pädagogik. Der Arbeitsmarkt fordert Sozialkompetenz von Schulabgängern, und Gruppenarbeit ist nicht mehr sozialistische Nivellierung. Didaktik wird in einer Gesellschaft des lebenslangen Lernens eine gefragte Disziplin, und auch am angeblich doch rein fachlich orientierten Gymnasium stehen Schlüsselqualifikationen hoch im Kurs.

Dennoch haben wir in Deutschland einen erheblichen Nachholbedarf in unseren Schulen, was die individuelle Förderung von Kindern angeht. Ökonomisch gesprochen: Wir schöpfen unsere Begabungsreserven bei weitem nicht aus, wie uns die internationalen Untersuchungen nachgewiesen haben. Das ist eine gravierende pädagogische Aufgabe, bei der uns Wissenschaft, Didaktik und Fortbildung helfen müssen. Globale Unterrichtsentwicklungskonzepte wie das von der Bertelsmann-Stiftung propagierte Konzept des „cooperative learning“ und eine Lehrerausbildung ohne die Substanz von Fachlichkeit - das sind keine Patentlösungen für unsere zu Recht kritisierte Unterrichtskultur. So entstehen eher Moden, die zu überflüssigen Irrwegen verleiten könnten. Enttextlichung und Entfachlichung führen eben nicht zur Verbesserung der Schlüsselqualifikationen oder zu höherer Sozialkompetenz. Kompetenz ohne Wissen gibt es nicht, und Grundanforderungen an Bildung sind nicht beliebig ersetzbar. Die in den Bildungsstandards formulierten

Kompetenzen entwickeln sich nicht, „im Allgemeinen“, sondern nur durch systematischen Aufbau, intelligente Vernetzung und variiierende situative Anwendung von Wissen in bestimmten fachlich eingegrenzten Lernbereichen.

Ein zweiter Strang reklamiert das pädagogische Prinzip zur Befreiung von staatlicher Bevormundung. Konkret gemeint ist dann oft die Abkehr von regelhaften Verfahren bei disziplinarischen Maßnahmen, bei der Notengebung, der Standardisierung und bei der Personaleinstellung. Da macht ein Mythos die Runde: der Mythos der Entbürokratisierung. Lehrer wären angeblich gerne bereit, noch viel mehr zu unterrichten, wenn bloß die Vorschriften nicht wären. Eltern beklagen die Fülle von Gesetzen, die ihren Kindern die Schulaufbahn erschwerten. Erziehungsprobleme wären leichter zu beheben, wenn es keine Verfahrensvorschriften gäbe.

Richtig ist: Wir haben etliche Verfahrensvorgaben, die kein Mensch mit gesundem Menschenverstand versteht. Viele davon sind allerdings durch Verwaltungsverfahren erzwungen worden. Richtig ist aber auch, dass es sehr detaillierte rechtliche Setzungen für das Zusammenwirken von Lehrern, Eltern, Schülern und Schulleitungen gibt. Hier kann und soll man Freiräume vergrößern. Aber Vorsicht: Wollen wir wirklich zurück zu Zeiten, in denen für die Schulen das „besondere Gewaltverhältnis“ galt und es deshalb für Schüler und Eltern keinerlei Verfahrens- und Rechtssicherheit gab? Dieser Aspekt scheint mir in der Diskussion bisher unterrepräsentiert zu sein. Misstrauen ist gegenüber all denen angebracht, die ein Paradies der Übersichtlichkeit um den Preis der Rechtssicherheit in Aussicht stellen. Eine komplexe Welt wie die unsere bleibt auch in der Schule komplex.

## 3. Chancengleichheit als soziale Frage

Ein trauriges Spezifikum Deutschlands ist die extreme Bindung von Bildungserfolg an die sozia-

le Herkunft. Das kann eine demokratische Gesellschaft nicht ruhen lassen. Es gilt, die Nachteile zu bekämpfen, die Schülerinnen und Schülern in Schule und Ausbildung durch Armut und Vernachlässigung entstehen. Es müssen neue Wege zur Förderung von leistungs- und motivationschwachen Schülern gefunden werden. Die Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen sind zu verbessern, gerade für diejenigen, die bislang zu wenig Chancen dazu hatten. Wie ist das nun realisierbar ohne die Überforderung der Betroffenen einerseits und staatliche Zwangsbeglückung andererseits? Unumstritten zwingend ist es, den Bildungsauftrag von Kindertagesstätten zu stärken. Dazu gehört es, gerade Kinder aus dem sozial schwachen Milieu bei der Entwicklung ihrer Lernfähigkeit zu unterstützen und ihnen den sozialen Kontakt zu Gleichaltrigen zu ermöglichen, damit sie Deutsch sprechen können und lernen, sich in der deutschen Sprache differenzierter auszudrücken. Auf längere Sicht wird das in Deutschland zu einer Vorschulpflicht führen müssen, wobei ich es für pragmatisch lösbar halte, dass diese in KiTas oder an der Grundschule in einem vorgeschalteten Jahr realisiert wird.

Auch die Ganztagschule wird kommen müssen. Wir wissen aus vielen Untersuchungen, dass anreizarme oder reizüberflutende Lebensmilieus sonst nicht hinreichend ausgeglichen werden können. Und gerade aus diesem Grund ist es wichtig, dass der schulische Raum nicht abgeschlossen ist, sondern durch Kooperationen pädagogisch sinnvoll vervollständigt wird. Die kommunikative und soziale Funktion von Sport und Musik kann dabei gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Und gesonderte, durchaus verbindlich gemachte Sprachförderung wird auf absehbare Zeit eine notwendige Ergänzung im Bildungsangebot bleiben müssen, nicht nur, aber hauptsächlich für Kinder und Familien mit Migrationshintergrund.

Aber es geht auf Dauer um mehr: Es geht um Familien, die über Generationen von Arbeitslosig-



keit geprägt sind, in denen Gefühle und Konflikte nicht mehr verbalisiert werden und die keine Erfahrungen mit einem strukturierten Tagesablauf mehr haben. Was hilft denen die Beschwörung von Erziehungsstärke, von Pflichten oder von Disziplin? Man erreicht die Kinder nicht, weil man Eltern oder Elternteile nicht erreicht. Nicht, weil sie sich bewusst verweigerten, sondern, weil dies für sie schlicht und einfach Orientierungen außerhalb ihrer Lebensrealität sind. Die Formel vom Fördern und Fordern wird deshalb nicht falsch, sie muss aber für die Realität passgenau gemacht werden. Ich meine damit: Unser sozial- und familienpolitisches System von Hilfen, die entsprechenden außerschulischen Einrichtungen der Familienpolitik, der Kinder- und Jugendpolitik, all unsere sozialen Stützsysteme müssen sich konsequent an der Förderung von Bildung, an der für systematisches Lernen zentralen Institution Schule orientieren.

Und einen letzten Punkt will ich noch nennen: Auf Dauer kommt die bundesdeutsche Gesellschaft nicht daran vorbei, auch in der Schulstruktur Konsequenzen zu ziehen. Ich selbst habe mich in meiner aktiven Zeit stets dafür ausgesprochen, die Entwicklung schulischer Qualität zu forcieren und den Heilspropheten, die im gegliederten Schulwesen die Ursache allen Übels ausmachten, keinen Glauben zu schenken. Das war und das bleibt Ideologie. Nach jüngsten seriösen Untersuchungen gibt es eindeutig belegbare Negativeffekte in stark gegliederten Systemen, die nicht durch innerschulische Maßnahmen zu beseitigen sind. Bei zweigliedrigen Systemen wie in den ostdeutschen Bundesländern gibt es diese Probleme nicht. Mir ist klar, dass eine solche Lösung nur dann konsensfähig werden kann, wenn sie nicht alternativ zu der konsequenten Förderung in den vorhandenen Strukturen gedacht wird. Ebenso ist es Aufgabe einer verantwortungsbewussten Politik, deprivierende Klimate an Restschulen aufzulösen.

### III. Für eine Modernisierung des Bildungssystems – wider die Instrumentalisierung

Die Frage nach Autonomie und Abhängigkeit von Schule und Bildung ist so alt wie die Schule selbst. Das Bestreben, Schule weder Marktkräften noch der Politik auszuliefern, zieht seine Legitimation letztlich aus der Vorstellung, dass Pädagogen im Interesse der Heranwachsenden handeln: Der Lehrer als Anwalt der Kinder und ihrer Entwicklung zum Subjekt. Tatsächlich erleben Schulen zurzeit eine verspätete Modernisierung mit all den An- und Überforderungen eines solchen Prozesses. „Verspätung“ bezieht sich hier auf andere hoch industrialisierte Gesellschaften, die sich in den 80er und 90er Jahren bereits internationalen Vergleichen gestellt und Konsequenzen daraus gezogen haben. In Deutschland führte man währenddessen ideologisierte Systemdebatten und vergaß darüber die Unterrichtsentwicklung. Der gesellschaftliche Entwicklungstrend zu mehr Effizienz und Leistung mit Hilfe von Wettbewerb und Marktorientierung sowie seine Auswirkungen auf das Bildungswesen wird von den einen als „Trend zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche“ beklagt, von den anderen, als lange überfällig, erleichtert begrüßt. Hier kommt nun die Bildungspolitik ins Spiel. Ihre Aufgabe ist es, diesen Prozess zu gestalten, d.h. zu definieren, was in der Schule für welchen Abschluss gelernt werden soll, die Ergebnisse zu überprüfen, um Garantien übernehmen zu können, die erforderlichen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, erfolgreiche Wege zu fördern und nicht erfolgreiche zu korrigieren. Modernisierung darf sich nicht nur auf die Anstrengungen beziehen, die mit gesteigerter Effizienz, höherer Leistung und ökonomischer Verwertbarkeit der Ergebnisse schulischer Arbeit einhergehen. Bildungspolitik braucht wie jeder andere Politikbereich auch einen Politikentwurf, der auf einer klaren normativen Grundlage gestaltend auf gesellschaftliche Entwicklungen einwirkt, anstatt sich nur im Nachvollzug gesell-

schaftlicher Trends zu erschöpfen.

Schulen und Hochschulen haben sicherlich eine wichtige und immer wichtiger werdende „Zulieferfunktion“ für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt. Es geht um beruflich-„praktische“ Qualifikationen, Kompetenzen und Fähigkeiten. Es geht aber auch um die Teilhabe an Kultur und Kunst, Politik und Gesellschaft und um die Auseinandersetzung mit Umwelt und Natur. Bildung zielt auf den ganzen Menschen in all seinen Lebensbezügen und in all seinen geistigen, körperlichen und gesellschaftlichen Beziehungen zu Anderen. Dazu zählt nach meinem Verständnis auch die Auseinandersetzung mit den Grundlagen unserer Gesellschaft, deren Werten und Normen. Das meint weit mehr als nur Ziele wie Eigenständigkeit oder Flexibilität: Tugenden, die manchen Zeitgenossen in einer modernistischen Verkürzung des Wesentlichen schon als bildungspolitische Leitlinie ausreichen und hinter denen oft nichts anderes steckt als der Versuch, die Verantwortung für den Arbeitsmarkt vor allem auf die Schultern der Einzelnen zu legen. Gemeint sind vielmehr Werte wie Mündigkeit, Solidarität, Respekt vor Anderen und der Umwelt und individuelles wie gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein. Dazu gehören Einblicke in fremde Welten. Da ist Literatur und Musik - auch zur Vergewisserung über sich selbst - unverzichtbar. Wie will ich Rationalität und Aufklärung als Methode und als Ziel in dem Diskurs über den Islam und mit Muslimen einfordern, verankern und erreichen, wenn ich auf eine kulturelle Bildung verzichte oder sie nur instrumentell wertschätze? Deshalb ist es gerade in einer Zeit mit einem zunehmenden Trend zur Individualisierung notwendig, dass Schule die soziale Integration und den sozialen Zusammenhalt fördert.

Chancengleichheit wird nicht bedeuten können: Alles für jeden. Aber sie muss anstreben, allen den Zugang zu den Wissensstandards und zu einer eigenständigen, ausbaufähigen Lernkompetenz

zu gewährleisten. Sie muss für alle den Weg zu qualifizierter Bildung und Weiterbildung offen halten, durchlässige Brücken zwischen den verschiedenen Abschlüssen und Bildungsgängen bauen und schließlich auch allen eine „zweite Chance“ einräumen. All dies ist mehr als ein formales Zugangsrecht. Es geht darum, dass hierfür nicht nur die Möglichkeiten bestehen, sondern dass sie auch real wahrgenommen werden können. In diesem Sinne ist Bildungspolitik Gesellschaftspolitik, und zwar eine, die bewusst und korrigierend eingreifen will.

Chancengleichheit in diesem Sinne bedeutet, dass Bildung nach wie vor auch auf Kompensation und Integration, auf die Verminderung von Ungleichheiten und Benachteiligungen zielen muss.

### IV. Tristesse, Aufbruch und die „Mühen der Ebene“

Wir haben in den letzten Jahrzehnten alle denkbaren Stimmungslagen erlebt: Das Jammern auf hohem Niveau und die bildungspolitische Tristesse, den euphorischen Aufbruch, die Zuversicht, auf dem richtigen Weg zu sein, die Enttäuschungen über Fehlschläge, die Ungeduld und die Überforderung. Wir sind heute in der Ebene angekommen. Das bedeutet, wir sind auf dem richtigen, aber sich lang hinziehenden Weg, der Mühe und Kraft kostet, zu Etappenzielen führt und der auch mal ein Ausruhen möglich macht. Dabei sollten wir Ungleichzeitigkeiten akzeptieren. Denn Veränderungsprozesse brauchen, wenn sie gelingen sollen, ein hohes Maß an Freiwilligkeit bei den Akteuren. Das hat zur Folge, dass wir auch bei der Weiterentwicklung an unseren Schulen ganz unterschiedliche Stadien beobachten und akzeptieren müssen.

Eines noch zum Schluss: Wenn heute bildungspolitische Fragen, die eigentlich Fachfragen sind, von Parteien usurpiert werden, um ein Auseinandersetzungsfeld zu haben, dann wird dieser Prozess selbst zum größten Entwicklungshindernis.



In Wirklichkeit haben wir in der Bundesrepublik seit etwa zehn Jahren eine relativ breite Übereinstimmung zwischen den Bundesländern. Die Diskussionen auf der Fachebene werden in aller Regel sachbezogen und ergebnisorientiert geführt. Das aber wird in der politischen Wirklichkeit der jeweiligen Länder nicht zugelassen, weil jedes politische Lager hier ein emotionalisierendes und deshalb erfolgsträchtiges Thema für sich sieht. In der Folge werden sinnvolle oder notwendige Veränderungen regelmäßig in ihrer Akzeptanz um des vordergründigen politischen Effektes willen in Frage gestellt.

Notwendig wäre hingegen ein fachlich geschützter Raum, in dem nachhaltig wirkende Veränderungen entwickelt und systematisch umgesetzt werden könnten. Das ist auf den ersten Blick ein Plädoyer für Politiker\*innen. Aber hier könnte ein politisches Paradox zum Tragen kommen: Ich bin davon überzeugt, dass nur auf diese Weise Bildungspolitik ihren schleichenden Legitimationsverlust überwinden kann. Und deshalb ist das Plädoyer für Politiker\*innen in der Bildungspolitik in Wirklichkeit ein Plädoyer für das Durchsetzen der Fachkompetenz in der Fachpolitik. Das kommt der Bildungspolitik und den Schulen

zugute und es nützt damit der Gesellschaft, den Kindern und Jugendlichen, für die sich Schule und Politik unterstützend einsetzen soll.

#### GABRIELE BEHLER

Die sozialdemokratische Politikerin und Publizistin Gabriele Behler hat Germanistik und Geschichte in Münster studiert (Lehramt Gymnasien). Nach dem Referendariat arbeitete sie fünf Jahre als Studienrätin am Kreisgymnasium Halle und war dann Pädagogische Mitarbeiterin im Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen (NRW). Anschließend leitete sie vier Jahre das Gymnasium Bielefeld-Heepen. Von 1990 bis 1995 fungierte Gabriele Behler als Amtschefin im Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann (Düsseldorf). Von 1995 bis 2002 war sie Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW. Von 1996 bis 2005 war die Autorin auch Landtagsabgeordnete.

Hanna Skerhut / Manfred Schwarz

## FOREN: ERGEBNISSE IN THESEN FORMULIERT

### Arbeit in fünf Foren

Im Verlauf des weiteren Kongresses arbeiteten die Teilnehmer in fünf Foren. In jedem Forum trug zunächst ein Referent Thesen zur Lage und zu denkbaren Reformen des Schulsystems vor. Dann entwickelte die jeweilige Arbeitsgruppe – zusammen mit den Moderatorinnen und Moderatoren – Forderungen an die Schulpolitik. Die Moderatoren stellten später die Arbeitsergebnisse ihres Forums dem Plenum des Kongresses vor.

### FORUM 1

#### Ganzheitliche Förderung im Elementar- und Primarbereich: Kompensatorische Maßnahmen reduzieren Sozialisationsdefizite

Referent: Prof. Dr. Wassilios E. Fthenakis

Moderation: Hanne Krantz / Hanna Skerhut

- In Deutschland sei es dringend geboten, sich von einem „überholten“ Bildungsverständnis zu verabschieden, das zu sehr trennt zwischen der Bildungs- und Erziehungsarbeit.
- Es gebe neue Problemstellungen zu lösen, die sich aus „Armut, Migration und Mobilität ergeben“; eine entsprechende schulpolitische Neu-Orientierung sei vor diesem Hintergrund vonnöten, die vor allem durch eine frühkindliche Förderung gekennzeichnet sei.
- Das Bildungssystem fokussiere bei Kindern vor allem „Defizite“; eine „mangelhafte Durchlässigkeit“ behindere Hochbegabte und benachteiligte Kinder (aus Risiko-Familien); Kurskorrekturen schon in den Grundschulen – zum Beispiel im Bereich des Sports – seien notwendig.

- Die „Kooperation von Kindertagesstätten und Grundschulen sollte verstärkt werden“.
- Eine übergeordnete Steuerungsstelle müsse die verschiedenen Erziehungs- und Bildungsprozesse koordinieren.

### FORUM 2

#### Besondere Angebote von kooperierenden Ganztagsschulen Vernetzung im Stadtteil – zum Beispiel mit Sportvereinen

Referenten: Maïke Bokelmann / Jürgen Koopmann (Hamburg) / Stefan Karrasch (Hamburg)

Moderation: Lars König / Colette Wawer

- Mehr denn je seien heute „ganzheitliche Ansätze unterrichtlicher und außerunterrichtlicher Arbeit notwendig“.
- Insbesondere Kinder aus „benachteiligten“ Familien benötigten eine besondere (Ganztags-) Förderung.
- Zum Beispiel die Ganztagsgrundschule Baumschulenweg in Ganztagsform in Bremen habe ein vorbildliches Netzwerk geschaffen, „um Kinder unterrichtlich und außerunterrichtlich gezielt zu fördern“; dabei spiele der Sport eine herausragende Rolle.
- Das Bremer Schulzentrum Ronzenstraße in Ganztagschulform betreibe erfolgreich zum Beispiel Sportförderung. Sportkader-Klassen haben demnach wöchentlich fünf Stunden Sportunterricht, die Schüler aus diesen Klassen trainierten häufig noch bis zu 25 Stunden zusätzlich in der Woche. Selbst „normale“ Klassen könnten auf Wunsch bis zu fünf Sportstunden wöchentlich absolvieren.

- Schüler, die in außerschulischen Bereichen wie Sport und Musik aktiv sind, erzielten insgesamt bessere schulische Leistungen.
- In Hamburg kooperiere die Sportjugend des HSB mit einigen Schulen; diese vielfältigen Angebote sollten ausgebaut werden, insbesondere an Ganztagschulen.
- Sportvereine und Schulen müssten grundsätzlich wesentlich stärker zusammenarbeiten.

### FORUM 3

#### **Bildungsoffensive mit Elternbeteiligung: Wie können wir Eltern in schulisches Arbeiten und Lernen integrieren?**

*Referent:* Josef Kraus

*Moderation:* Hiltrud Modest / Hans-Joachim Wagner

- Generell gebe es keinen „Erziehungsnotstand“. Die heutige Jugend sei zumindest mehrheitlich durchaus durch Geradlinigkeit, effektiven Pragmatismus und eine relativ hohe Orientierungssicherheit gekennzeichnet – „wie kaum eine Jugend zuvor“.
- Eine Bildungsoffensive sei nur erfolgreich, wenn es im Rahmen dieser Offensive auch eine „Elternoffensive“ gebe.
- Eine fortschreitende „Verstaatlichung“ und „Sozialisierung des ‚Erziehungs-Geschäfts‘“ sei der falsche Weg; Angebote von Ganztagschulen müssten zeitlich klar begrenzt werden – zugunsten individueller Aktivitäten.
- Elternhaus und Schule müssten „arbeitsteilig zusammenarbeiten“ – jede der beiden Erziehungsinstanzen hätte „einen spezifischen Auftrag“.
- Eltern müssten stärker zur Wahrnehmung ihrer Elternpflicht bewegt werden (gegebenenfalls über Kindergeldkürzungen).

- Dringend erforderlich sei es, dass Eltern „wieder mehr Anteil an der schulischen Arbeit ihrer Kinder nehmen“.
- Die heutigen institutionalisierten Elternvertretungen seien in ihren Positionen und Forderungen keineswegs immer „repräsentativ“; diese Positionen deckten oftmals nur die Meinung eines (kleinen) „Teils der Elternschaft ab“.
- Eine wesentliche „Ausweitung elterlicher Mitwirkung in der Schule“ sei vor allem „im außerunterrichtlichen Bereich wünschenswert und denkbar“; hinsichtlich der Beurteilung von unterrichtlichen Prozessen fehle es vielen Eltern an der notwendigen Kompetenz.

### FORUM 4

#### **Erziehung braucht Normen – Wie setzen wir sie durch?**

*Referent:* Dr. Ahmet Toprak

*Moderation:* Karin Graumann-Backhaus und Horst Graumann.

- Zur Durchsetzung von Normen sei ein „autoritativer Erziehungsstil notwendig“.
- Alle Regeln müssten „von allen an der Erziehung beteiligten Personen“ eingehalten werden.
- Die universitäre Lehrerausbildung müsse eine „interkulturelle Pädagogik mit den entsprechenden Methoden sozialer Arbeit“ integrieren.
- „Alle Eltern, vor allem die der Migranten, müssen stärker in die Erziehung einbezogen werden.“
- „Die erfolgreiche Umsetzung von Normen verlangt eine Einbeziehung der Schulsozialarbeit in den Erziehungsprozess.“

### FORUM 5

#### **Unterricht besser gestalten: Unterrichtsmethoden – Balance zwischen Disziplin und Liberalität**

*Referent:* Dr. Bernhard Bueb

*Moderation:* Heino Jückstock

- Lehrer müssten auch „bereit und in der Lage sein, als Erzieher zu wirken“.
- „Lehrer sollten primär loben und bestärken.“ Kritik müsse möglichst „ermutigend“ formuliert werden.
- „Lehrer sollten mutig Disziplin verlangen, Grenzen setzen, Konflikte wagen und Leistungen fordern.“

- „Lehrer sollten in Jahrgangsteams zusammenarbeiten, Maßstäbe gemeinsamer Erziehung vereinbaren und praktizieren.“
- „Der Arbeitsplatz des Lehrers sollte die Schule sein“ – und zwar mindestens „bis 17 Uhr“.
- Die „Führungsrolle der Schulleitungen muss gestärkt werden (nach ‚unten‘ und nach ‚oben‘)“.
- „Disziplinprobleme werden vermindert, wenn Schüler Ausbildungs- und Arbeitsplätze finden – Schüler finden Ausbildungs- und Arbeitsplätze, wenn sie keine Disziplinprobleme haben.“

Alexander Luckow

## ERSTER SCHULKONGRESS DER BILDUNGSBEHÖRDE

Bildungssenatorin zieht vorläufiges Resümee:  
Wir müssen wieder mehr fordern statt nur zu fördern

**B**ildungssenatorin Alexandra Dinges-Dierig begrüßte es sehr, dass auf dem 1. Schulkongress der Behörde für Bildung und Sport Konsens darüber bestand, das Fordern gegenüber dem Fördern in der Schule wieder mehr in den Mittelpunkt zu stellen.

„Wir müssen die Lehrerschaft wieder stärker dabei unterstützen, undisziplinierten wie integrationsunwilligen Schülerinnen und Schülern Grenzen aufzuzeigen. Dazu wird meine Behörde den Lehrerinnen und Lehrern bald zusätzliche Möglichkeiten durch eine konkretere Ausgestaltung der im Hamburger Schulgesetz vorgesehenen Maßnahmen an die Hand geben“, kündigte die Senatorin an.

Die Senatorin betonte weiter, dass sie verstärkt den Dialog mit der muslimischen Gemeinde in Hamburg suchen werde. „Wir müssen diesen Eltern klarmachen, dass nur eine gewollte und gelebte Integration die Startchancen ihrer Kinder in deutschen Schulen verbessert. Das beginnt mit dem Erlernen der deutschen Sprache und geht bis zur klaren Anerkennung der Werte des Grundgesetzes, insbesondere der Achtung vor der Würde aller“, sagte Alexandra Dinges-Dierig.

Es sei eine gute Idee, mit Hilfe von Verträgen zwischen Eltern und Schule Eltern- wie Schüler-Engagement in der Schule verstärkt festzuschreiben „bis hin zur Pflicht der Teilnahme an Elternabenden“, betonte die Senatorin.

Zusätzlich zum Ausbau des Ganztagschulwesens in Hamburg auf bald ein Fünftel aller

allgemeinbildenden Schulen befürwortete die Senatorin die verstärkte Einbeziehung von Vereinen, Initiativen und Nachbarschafts-Netzwerken aus Bereichen wie Sport und Musik in den Schulalltag. Eine intensivere Beteiligung der Schülerschaft an der Gestaltung des Stadtteils sei gerade für Kinder aus bildungsfernen Familien eine gute Möglichkeit der Persönlichkeitsbildung.

„Die neue Seniorengeneration bringt auch neue Chancen für die Gesellschaft. Patenschaften von Senioren für Schülerinnen und Schüler können hier sehr wertvoll sein“, sagte die Bildungs- und Sportsenatorin.

Die von Kongress-Referenten wie dem Direktor des Münchner Instituts für Frühpädagogik, Prof. Dr. Wassillios Fthenakis, erhobene Forderung nach weitergehender Verknüpfung von vorschulischer und schulischer Bildung sowie einer noch früher einsetzenden kindlichen Bildung sei ein wichtiges Ziel. „Wir hier in Hamburg sind im Zuge unserer Bildungswende mit den einheitlichen Bildungsplänen für Kita und Vorschule oder der verpflichtenden zusätzlichen Sprachförderung für besonders förderbedürftige Fünfjährige schon sehr weit. Aber wir müssen noch deutlich mehr tun“, meinte Alexandra Dinges-Dierig.

Mit der früheren langjährigen nordrhein-westfälischen Kultusministerin Gabriele Behler (SPD) war die Hamburger Bildungssenatorin einig, dass die Erkenntnisse über den richtigen Weg zu einem besseren Bildungserfolg gerade der Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien mittler-

weile in Fachkreisen weitgehend unumstritten sind. „Die überkommenen Diskussionen um Einheitsschule und ähnliche Strukturfragen haben uns in den letzten dreißig Jahren nicht weitergebracht und werden das auch in naher Zukunft nicht wesentlich tun. Es geht jetzt vielmehr um

klar definierte Ergebnisverantwortung bei mehr Selbstverantwortung der Schulen vor Ort und die Durchsetzung von Regeln in der Schule, wenn wir in den nächsten Jahren die Bildungserfolge unserer Schülerinnen und Schüler steigern wollen“, so die Hamburger Bildungssenatorin.

# TEILNEHMERLISTE

Axel Ahlemann, Berufl. Schule Steinhauerdamm; Peter Albrecht, Landes-Elternausschuss; Thomas Albrecht, Behörde für Bildung und Sport (BBS); Christiane Andres-Martin, Schule Ochsenwerder; Evin Aydin, Milliyet Zeitung; Diana Bahr, Elternrat; Maik Becker, Bugenhagen-Schulen; Regine Beckmann, Studienrätin; Uwe Beckmann, Schule Hasselbrook; Claudia Behlau, REBUS; Dr. Reinhard Behrens, Enquête-Kommission Schule der Hbg. Bürgerschaft; Mirjam Beletes, Schule Hermannstal; Marlies Bengtsson, Kreiselternerat; Eckart Bielfeldt, pens. Grundschullehrer; Manfred Blume-Witte, Deputation der BBS; Uwe Boos, Kindertagesstätte; Lars Brandt, Schüler der Rudolf-Steiner-Schule; Marie-Luise Brauns-Garde, Gymnasium Allermöhe; Andreas Brinkmann, Deputation; Anke Brinkmann; Karin Brose, Schule Sinstorf, Enquête-Kommission Schule der Hbg. Bürgerschaft; Susanne Brucker, Schule Fahrenkrön; Dragica Brügel, Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI); Eike-Mannfred Buba, BBS; Renate Buhs, Deputation der BBS; Ute-Christine Burmeister, CDU; Jacqueline Bussé, Bugenhagen-Schulen; Sylvia Canel, schulpolitische Sprecherin der FDP; Fatos Cetin, Kinderleicht; Mathias Chanell, Gymnasium Hummelsbüttel; Sabine Deblitz, Schule Langbargheide; Gerhard Delkeskamp, Schule Tieloh; Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin für Bildung und Sport; Dr. Lothar Dittmar, Körberstiftung; Dr. Wolfgang Dittmar, Gymnasium Hamm; Dieter Dreyer, Deputation; Britta Ernst, SPD-MdHB; Gabriele Eyme, Schule Weusthoffstraße; Dörte Feiß, Ganztagschule Neuhahlstedt; Jennifer Fode, Katholische Schule Neugraben; Christiane Fraedrich, LI; Marino Freistedt, Vorsitzender des Schulausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft; Henrike Gäjtens, SchülerInnenkammer; Andreas Gleim, BBS; Gerd Glembotzki, Berufl. Schule Steinhauerdamm; Gabriela Gnauk-Kruse, REBUS; Mechthild Gornik, Verband Bildung und Erziehung Berlin; Ines Grattop,

Berufl. Schule Burgstraße; Cordula Grätz, Kindertagesstätte Elise; Horst Graumann, Staatl. Gewerbeschule Chemie, Pharmazie, Agrarwirtschaft; Karin Graumann-Backhaus, Staatl. Gewerbeschule Chemie, Pharmazie, Agrarwirtschaft; Christiane Greve, Jugendbildung Hamburg; Brigitte Grösser, Schule Döhrnstraße; Günter Grossmann, Staatl. Gewerbeschule Verkehrstechnik, Arbeitstechnik, Ernährung; Albrecht Gsell, Gymnasium Bramfeld; Jürgen Hahn, Elternvertreter; Margrit Hahn, Elternvertreterin; Silvie Hartmann, Elternratsvorsitzende Max-Brauer-Schule; Regine Hartung, LI; Babette Haß, Schule Hermannstal; Marianne Heidebruch, GWA St.Pauli-Süd; Robert Heinemann, schulpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion; Dr. Uwe Heinrichs, LI; Monika Heins, Deputation; Silke Herzog-Krawitzke, Kindertagesstätte am Blumenacker; Juliane Hesemann; Petra Hildebrand-Bünnte, Standpunkt Hamburg; Ulrike Höffken, Staatl. Handelsschule Ausschläger Weg; Christiane Hofmann, Schulzentrum Ronzelenstr., Bremen; Jürgen Hofmeister, BBS; Horst Hopmann, Arbeit und Leben e. V., Geschäftsführer; Kirsten Hoyer, Gymnasium Finkenwerder; Dr. Peter Hübner, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin; Thomas Hülle, Fachschule für Heilerziehung Alsterdorf; Bayram Inan, SPD; Gabriele Jensen, Othmarscher Kirchenweg; Heidi Jovanovic, Schulinformationszentrum der BBS; Heino Jückstock, Berufl. Schule Steinhauerdamm; Michael Junker, Emil-Krause-Gymnasium; Reinhard Jürgens, Schule Vizelinstrasse; Marion Jürgens, CDU; Astrid Kasperczyk, Kindertagesstätte Druckerstraße; Johannes K. Th. Keßner, Bucerius Law School; Hans-Joachim Kiene, REBUS Eimsbüttel; Susanne Kienitz, Integrierte Gesamtschule; Andrea Kindler, Berufl. Schule Steinhauerdamm; Manfred Klingele-Pape, Staatl. Gewerbeschule Metalltechnik mit Technischem Gymnasium; Karl-Heinz Knabenreich, Radsport-Verband Hamburg; Brigitte Knees, Kindertagesstätte Druckerstraße; Ingeborg Knipper, CDU; Cornelia Knoll, Schule Fahrenkrön; Karola Koch; Sabine Kolbeck, Schule Buddestraße; Lars König, Staatl. Handelsschule Wandsbek; Wolfgang Kramer,

Deputation der BBS; Maria Kranik, Kindertagesstätte Karolinenstraße; Hanne Krantz, Lions Club; Anneliese Kron, CDU; Frank Krüger, Kindertagesstätte Bekkamp; Juliane Kuhn, Montessori-Schule Geisenhausen, Bayern; Karl-Heinz Kuke, Rackow Schule; Dr. Liz Kux, Fachschule für Heilerziehung Alsterdorf; Renate Landgiebe; Hannelore Lay, Stiftung Kinderjahre; Joachim Lehmann, Brecht-schulen Hamburg; Johannes Lenarz, BBS; Christa Lenoir, Oberschule Marie-Curie, Berlin; Horst Leps, Gymnasium Ohlstedt; Martina Lippert, Staatl. Gewerbeschule Gastronomie und Ernährung; Alexander Luckow, Pressesprecher der BBS; Astrid Lüdemann, Gesamtschule am Heidberg; Dr. Alfred Lumpe, BBS; Heike Lund, Schule Ochsenwerder; Marita Meyer-Kainer, CDU-MdHB; Ute Mittelstaedt, Elternkammer; Hiltrud Modest, Gymnasium Klosterschule; Anette Mohr, KIZ im Haus der Familie; Dr. Cornelius Motschmann, Gymnasium Bramfeld; Renate Müller, Staatl. Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Schlanckreye; Bianca Neugebauer, Katholische Schule Neugraben; Matthias Nordbeck, Katholische Schule Neugraben; Dr. Dörte Nowacki, LEB Gesamtschule Schleswig-Holstein; Adelheid Oelze, Schule Ahrensburger Weg; Zafer Özpolat, Milliyet Zeitung; Maïke Pfau; Anke Pieper, Erziehungsberatungsstelle Rahlstedt; Christine Pinck, Gymnasium Allermöhe; Gerd Pingel, Schule Rotenhäuserdamm; Anne Pinkepank, Elternkammer; Susanne Plambeck, Radsport-Verband Hamburg; Renate Plan-Hübner, REBUS; Ralf Plenz, Berufl. Schule Steinhauerdamm; Susanne Postel, Schule Fahrenkrön; Beate Proll, LI; Holger Radtke, Gesamtschule Stellingen; Heike Radtke, Erziehungsberatungsstelle Wandsbek; Thomas Ranft, „Die Vereinigung“; Gisela Rathjens, Ganztagsgrundschule Ludwigstraße; Eva Reich, Heinrich-Hertz-Schule; Bernd Reinert, Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion; Susanne Reinhardt, BBS; Ursula Riebeling, Fachschule für Heilerziehung Alsterdorf; Norbert Rohde, Alida Schmidt-Stiftung; Imke Rollenhagen, Kindertagesstätte Ahrensburger Weg; Lars Römer, Schule Fahrenkrön; Norbert Rosenboom, Senatsdirektor

in der BBS; Dörte Rossa, Schule Fahrenkrön; Birgit Schaefer, BBS; Astrid Schäfer, Schule Fahrenkrön; Ralph Schneithorst, Staatl. Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium Schlanckreye; Bettina Schön, Berufl. Schule Steinhauerdamm; Christine Schönfeld, Schule Steinbeker Markstraße; Thorsten Schüler, Gymnasium Oberalster; Marina Schulz, Handwerksmeisterin; Katja Schulzke, Elternrat; Dr. Manfred Schwarz, BBS; Monika Schwerdfeger, Schule Fahrenkrön; Philipp Semerak, Universität Hamburg; Niels Sievers, Kindertagesstätte Wichmannstraße; Bernd Simson, Montessori-Schule Geisenhausen, Bayern; Thore Simson, Montessori-Schule Geisenhausen, Bayern; Hanna Skerhut, Schule Trenknerweg; Prof. Dr. Ingrid N. Sommerkorn, Universität Hamburg; Johannes Spaleck, Schule Rönneburg; Uta Steen, Schule Langbargheide; Nicole Stegen, Schulinformationszentrum der BBS; Christiane Stork, Körberstiftung; Helga Stöver, CDU; Hilger Strauß, Haus der Jugend Farmsen; Sylvia Streitmüller, Berufl. Schule Uferstraße; Erika Sura, REBUS; Renate Theunissen, REBUS; Elvira Thiemann, Katholische Schule Harburg; Nicola Toelke, Elternkammer; Almuth Trübger, Schule Tieloh; Claudia Tusch, Schule Rönneburg; Hans-Peter Vogeler, Elternkammer; Dr. Michael Voges, Staatsrat der BBS; Simon Völker, SchülerInnenkammer; Susanne Wagner, Grundschule Rothestraße; Hans-Joachim Wagner, Schule Bramfelder Dorfplatz, Enquête-Kommission Schule der Hbg. Bürgerschaft; Dorothee Wassener, Behörde für Bildung und Wissenschaft, Bremen; Colette Wawer, Staatl. Handelsschule Wandsbek; Marcus Weinberg, CDU-MdB; Jörn Weiske, Elternrat St. Ansgar; Elisabeth Wendland, Schule Wegenkamp; Andreas Wiedemann, Schule in der Alten Forst; Inge Wilhelms-Bardowicks, Elterschule Niendorf; Claudia Winkelmann, Schule Fahrenkrön; Jutta Wolff, LI; Detlef Wulff, Verband Bildung und Erziehung, Berlin; Fatih Yildiz, Islamischer Jugendbund e. V.; Christa Zech, vds; Birgit Zeidler, CDU; Serpil Zengin, Max-Brauer-Schule; Sandra Zuleger, Kindertagesstätte Pfifikus.